Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint 14tägig. — Bezugspreis monatlich 0.20 Mk. (sogenannte Goldmark). — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 1628. — Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Verlag in **Leipzig, Zeitzer Straße 30, IV.**, (Volkshaus) Aufgang B oder C. — Tel. 27503

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgespaltene Kleinzeile 0.40 Mk. (sogenannte Goldmark). Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einsendung auf Postscheckkonto Leipzig 56383; Kassierer: L. Geist, Leipzig, Zeitzer Straße 30, IV. (Volkshaus). — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 9/10 — Sonnabend, den 8. März 1924 — 28. Jahrgang

Politik, Wirtschaft und Klassenkampf

Will man die Gegenwart verstehen, so muß man auf die Vergangenheit zurückgreifen. Warum? Weil die Gegenwart nicht plötzlich, willkürlich geschaffen, sondern das Ergebnis einer in der Vergangenheit liegenden Entwicklung ist. Es würde natürlich zu weit führen, wenn wir auf den Ursprung der Entwicklung zurückgingen. Deshalb wählen wir für unsre Betrachtungen einen Zeitpunkt, an dem nach unsrer Meinung eine neue Epoche, ein neuer Abschnitt nicht nur für die Arbeiterbewegung, sondern für die ganze Menschheit begonnen hat. Das ist der Kriegsausbruch im Jahre 1914

Die Frage der Schuld am Kriege scheidet hier selbstverständlich aus. Es sei nur festgestellt, daß wir bis zum Kriege eine viel geschlossenere Arbeiterschaft darstellten als jetzt und daß darin der Schlüssel zu den vielen Mißerfolgen und Enttäuschungen liegt, die wir im verflossenen Jahrzehnt erlebt haben. Zwar hat sich die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter mehr als verdreifacht, von 3,5 Millionen vor dem Kriege auf 10 Millionen nach dem Kriege, wovon 8 Millionen allein auf den ADGB. entfallen. Aber die innere Geschlossenheit hat in demselben Maße abgenommen, wie die Ausdehnung der Gewerkschaften vor sich ging. Mit 2 Millionen zusammenhaltender Personen ist mehr zu erreichen als mit 8 Millionen auseinanderstrebender! Eine Masse kann nur dann etwas erreichen, wenn sie von einem einheitlichen Geiste beseelt ist.

Die geistige Verfassung der Arbeiterschaft ist eine ganz andre geworden als sie vor dem Kriege war. Rein äußerlich, förmlich betrachtet, hat sich allerdings nicht viel geändert. Die Gewerkschaften verteilen sich auch heute noch auf die drei Richtungen: freie, christliche und Hirsch-Dunckersche Gewerkschaften, wovon die ersteren beiden sich verdreifacht, die letzteren sich verdoppelt haben. Aber, wie sieht es innerhalb der freien Gewerkschaften aus? Hält sie, wie die Christen, die Religion, oder wie die Hirsch-Dunckerschen, der demokratische Gedanke zusammen? Nein, die freien Gewerkschaften sind zum Tummelplatz der verschiedenen politischen Richtungen geworden, deren wir in der Hauptsache jetzt zwei unterscheiden: die ältere, die sozialdemokratische, und die jüngere, die kommunistische. Auch bei dieser Gelegenheit soll kein Werturteil über die eine oder andre Partei abgegeben werden, sondern es soll lediglich festgestellt werden, was war und was ist.

Vor dem Kriege sahen die freien Gewerkschaften nur in der Sozialdemokratischen Partei ihre politische Vertretung. Man nannte sie deshalb auch die sozialdemokratischen Gewerkschaften. Das traf zwar nicht ganz zu, wenn auch der verstorbene Bömelburg das Wort geprägt hatte: „Partei und Gewerkschaften sind eins.“ In Wirklichkeit hatten sich beide Körperschaften ihre organisatorische Selbständigkeit bewahrt, wenn sie auch im großen und ganzen von einheitlichen Gesichtspunkten ausgingen und in ihren Beschlüssen aufeinander Rücksicht nahmen.

Das änderte sich, als die erste Spaltung eintrat und weitere Spaltungen folgten. Mit der politischen Einheit ging auch die gewerkschaftliche Einheit zum Teufel (nur die Form blieb notdürftig erhalten), was nach innen und außen die verheerendsten Folgen zeitigte. An Stelle klarer Erwägungen über die zu ergreifenden gewerkschaftlichen Maßnahmen trat der Kampf um die politischen Prinzipien, die entweder weit über den gewerkschaftlichen Rahmen hinausgingen oder gar nichts mit diesem zu tun hatten. Ganz offen wurde auch von den Politikern zugegeben, daß der eigentliche Zweck ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit die Eroberung der Gewerkschaften zur Durchführung ihrer politischen Ziele sei. Während die Gewerkschaften vor dem Kriege als natürliche Vorschule der alten Partei angesehen und als solche hoch geschätzt wurden, verpflanzten ihre Konkurrenten (die neuen politischen Parteien) ihren Wirkungskreis direkt in die Gewerkschaften, indem sie ihnen eine ihrer politischen Einstellung entsprechende Taktik aufzuzwingen suchten.

Die Folge davon war, daß die Gewerkschaftsmitglieder mit allen möglichen Parolen überschüttet und in völlige Verwirrung gebracht wurden. Um sich gegen den politischen Wirrwarr zu schützen nahm der Nürnberger Gewerkschaftskongreß im Jahre 1919 eine Resolution gegen 3 Stimmen an, deren entscheidender Teil lautet:

> „Die Spaltung der Sozialdemokratischen Partei gefährdet auch die Einheit und Geschlossenheit der deutschen Gewerkschaften. Der Gewerkschaftskongreß sieht sich daher genötigt, die Neutralität der Gewerkschaften gegenüber den politischen Parteien auszusprechen.“

Dieser Beschluß vermochte jedoch die innere Zersetzung der Gewerkschaften nicht aufzuhalten, weil er von den politischen Führern nicht beachtet wurde. Eine geringe Veränderung des unleidlichen Zustandes trat durch die Wiedervereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien ein, der Streit zwischen den verbleibenden Parteien wurde aber um so heftiger und schädlicher für die Gewerkschaften. Das gab mehreren Organisationen Veranlassung, Kommunisten wegen ihres gewerkschaftsschädigenden Treibens auszuschließen, was zur Bildung gegnerischer Organisationen führte, die mit den Unionisten und Syndikalisten gemeinsame Sache machten. Diese Anti-Gewerkschaftsbewegung hätte aber nicht die jetzige unheilvolle Bedeutung erlangt, wenn ihr nicht innere und äußere Bundesgenossen zu Hilfe gekommen wären: im Inneren die furchtbare Not, das entsetzliche Elend, das als Folge des Krieges über unser Volk hereingebrochen ist, und von außen die sogenannte rote Gewerkschafts-Internationale mit dem Sitz in Moskau, die die treibende Kraft der Bewegung ist.

Als Zentrale der deutschen Sektion der roten Gewerkschafts-Internationale besteht in Berlin ein mitteleuropäisches Bureau, in dem zur Zeit allein 18 beamtete Sekretäre sitzen, die die deutschen Gewerkschaften, nach Industriegruppen getrennt, „bearbeiten“. Analog dem Aufbau der im ADGB. vereinigten freien Gewerkschaften ist die Gliederung dieser internationalen antigewerkschaftlichen Organisation bis in die örtlichen und betrieblichen Organe des ADGB. durchgeführt. Neben den Ortsausschüssen des ADGB. bestehen rote Gewerkschaftskartelle, und in den örtlichen Berufsgruppen der verschiedenen Verbände haben sich die kommunistischen Mitglieder in roten Fraktionen vereint. Daneben wird die Erfassung der Betriebsräte mit allem Eifer betrieben. Wie die Gewerkschaften mit ihrem Eigenleben als Staat im Staate angesehen werden können, was auch auf andre Organisationen zutrifft, zum Beispiel auch auf die der Arbeitgeber, so bildet der kommunistische Organisationsapparat eine selbständige antigewerkschaftliche Bewegung innerhalb des ADGB. mit dem ausgesprochenen Ziele, die Gewerkschaften völlig in ihre Hand zu bekommen, um sie nach Erdrosselung des gewerkschaftlichen Wesens ihren politischen Zwecken dienstbar zu machen.

Den Beweis dafür liefern mehrere kommunistische Veranstaltungen, Betriebsrätekongresse und die im November 1923 stattgefundene sogenannte Konferenz der Ortsausschüsse des ADGB. in Weimar, an welcher 181 Ortsausschüsse (von über 1400) teilgenommen haben sollen. Die Tagung fand unter dem Leitsatz statt: „Wie retten wir die deutschen Gewerkschaften, wie retten wir die deutsche Arbeiterklasse vor dem Untergang?“ An geschickter Aufmachung hat es also nicht gefehlt. Das dort zur Annahme gelangte Aktionsprogramm zeigt indessen mit aller Deutlichkeit, wohin die Reise gehen soll.

Ziffer 1 verlangt rücksichtslosen Klassenkampf und aktive Kampfführung. Wie dieser Kampf ohne Erfüllung der notwendigen Vorbedingungen geführt werden soll, das überlassen die Parolenmacher den Gewerkschaften. Ihr Verdienst besteht nur darin, zur direkten Aktion, zum Generalstreik, aufzurufen. Scheitert die Bewegung wegen ungenügender Vorbereitung oder wegen Fehlens jeder Voraussetzung eines günstigen Erfolges, so hat man einen Grund mehr, auf das Versagen der Gewerkschaften und ihrer Führer hinzuweisen.

Ziffer 2 verlangt die Umwandlung des gewerkschaftlichen Kampfes in den Kampf um die ganze wirtschaftliche und politische Macht, also die Uebernahme der bisherigen Aufgaben der politischen Organisationen durch die Gewerkschaften. Die dadurch bedingte Ueberspannung der gewerkschaftlichen Kräfte, deren Ergebnis letzten Endes zur dauernden Ohnmacht der Gewerkschaften führen muß, wird von den Katastrophenpolitikern entweder nicht erkannt oder absichtlich herbeigewünscht, um um so leichteres Spiel mit den gewerkschaftlichen Organisationen zu haben.

Auf die Zielforderungen des kommunistischen Gewerkschaftsprogramms braucht an dieser Stelle nicht eingegangen zu werden, da hier nur das Streben gezeigt werden soll, die Gewerkschaften zu politisieren und natürlich im alleinseligmachenden kommunistischen Sinne.

Demgegenüber liegt gar keine Veranlassung vor, bezüglich der Verteilung der wirtschaftlichen und politischen Aufgaben an dem Vorkriegszustand etwas zu ändern. Der wirtschaftliche Kampf den Gewerkschaften, der politische den Parteien. Den Gewerkschaften muß es überlassen bleiben, diejenige Partei als ihre Vertreterin zu erblicken, die ihre Interessen am besten wahrnimmt. Das könnte bei einer Aenderung ihrer bisherigen Taktik und Methode ebensogut die kommunistische wie die sozialdemokratische Partei sein.

Der vorbezeichneten Arbeitsteilung war es zu danken, daß die Arbeiterschaft vor dem Kriege von Erfolg zu Erfolg geschritten ist. Die Angst des Bürgertums vor der Arbeiterschaft war nach dem militärischen Zusammenbruch im November 1918 so groß, daß es den Achtstundentag anerkannte und andre weitgehende Konzessionen machte, ohne daß es deshalb zu einem eigentlichen Kampfe gekommen wäre. Organisationen, die vor dem Krieg nur ein kümmerliches Dasein fristeten, wurden durch die Anerkennung der Gewerkschaften als die gesetzlichen Vertreter der Arbeitnehmer so gefördert, daß ihnen die Mitglieder in Massen zuliefen und sie gewissermaßen über Nacht zu Riesenorganisationen wurden. Selbst die Schwerindustrie, die Großindustrie, die bis dahin „Herr im eigenen Hause war, ließ sich zum Abschluß von Tarifverträgen mit den Gewerkschaften herbei. Und wenn heute die mehr freiwillig überlassenen als errungenen Positionen gefährdet sind, so ist in erster Linie die verfluchte Uneinigkeit der Arbeiterschaft daran schuld. Das Bürgertum hat sich nach dem überstandenen Revolutionsschreck in demselben Tempo und Umfang wieder zusammengefunden und fest vereinigt, wie sich die Arbeiter veruneinigt haben. Anstatt alle Kräfte zur Erhaltung des Erreichten zu sammeln, wurden sie im elenden Bruderkampf vergeudet mit dem Erfolge, daß wir Schritt für Schritt zurückgedrängt wurden mit der Aussicht, daß, wenn uns auch das Letzte genommen, wir wieder von vorn anfangen können. Doch, das eine Gute werden die bevorstehenden Kämpfe haben: die mit vielen Opfern erkämpften Errungenschaften werden die Arbeiter eher zu schätzen wissen, als die ihnen in den Schoß gefallenen Geschenke des durch den militärischen Zusammenbruch verängstigten Bürgertums. So gewaltige Errungenschaften, wie der allgemeine Achtstundentag, können nur Bestand haben, wenn sie erkämpft sind und eine Macht zu ihrem Schutze vorhanden ist.

Diese Macht hat sich die Arbeiterschaft selbst aus der Hand geschlagen. Trotzdem wir das freieste Wahlrecht haben, haben wir weder im Reich noch in den Ländern sozialdemokratische Mehrheiten. Warum? Weil ein großer Teil der Wähler, angeekelt durch den leidigen Parteistreit, kein Vertrauen zum Sozialismus haben kann. Selbst wenn wir die politische Macht in Reich und in den Ländern hätten, müßten die Folgen des Krieges vom Volke getragen werden. Selbst bei gerechtester Verteilung derselben bliebe für jeden einzelnen Volksgenossen noch übergenug zu tragen.

Man schimpfe doch nicht über die Führer, wo ganz offenbar die Verhältnisse stärker waren als sie, vom sogenannten Burgfrieden angefangen über die Arbeitsgemeinschaft und Koalitionspolitik hinweg bis zum Ermächtigungsgesetz. Worin bestand der sogenannte Burgfrieden? In dem beiderseitigen Abbruch der laufenden Kämpfe, der Streiks und Aussperrungen, nachdem sich die Unternehmerverbände bereit erklärt hatten, alle bestehenden Tarifverträge auch für die Dauer des Krieges zu respektieren, mit andern Worten, nicht wie jetzt, die ungünstige Konjunktur zur Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu benutzen, die für alle mit der Herstellung von Kriegsmaterial nicht im Zusammenhang stehenden Berufe ausbrach. Zu diesen Berufen gehörten samt und sonders die Berufe der Steinindustrie. In der Steinindustrie trat ein völliger Stillstand ein, und es war gar nicht daran zu denken, etwaige Verschlechterungen durch Kämpfe abzuwehren oder Verbesserungen durch Kämpfe zu erzielen. Anders wäre es gewesen, wenn wir aus Steinen hätten Granaten drehen können, dann wären uns jedenfalls auch die Löhne zugesprochen worden, die für die Herstellung von Kriegsmaterial gezahlt wurden. Wir kamen infolgedessen mit unsern Löhnen in Verzug, der in der Nachkriegszeit im allgemeinen jedoch wieder eingeholt wurde, trotz der so geschmähten Arbeitsgemeinschaft, an der sich unser Verband übrigens seit Dezember 1920 nicht mehr beteiligt hat.

Die Arbeitsgemeinschaft war keine Fortsetzung der burgfriedlichen Politik, sondern eine Erweiterung der bisherigen Tarifpolitik, eine Ausdehnung der Tarifgemeinschaft auf allgemeine wirtschaftliche Fragen, Außenhandel, Zollpolitik, Steuerfragen. Kurz alles, was sowohl Arbeitnehmer wie Arbeitgeber berührte, wurde dort eingehend besprochen und beraten und in Form von Gutachten herausgegeben, um auf diese Weise auf die gesetzgebenden Stellen einzuwirken. In manchen Gewerben waren die Arbeitsgemeinschaften auch die Träger der Tarifabschlüsse. Doch war dies nicht der ihnen ursprünglich von ihren Gründern zugedachte Zweck. Die Arbeitsgemeinschaften waren also keine Gesinnungsgemeinschaften zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern, sondern sie gaben den Boden ab, auf dem die beiderseitigen Interessen zum Austrag gebracht wurden wie bei jeder andern zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern stattfindenden Verhandlung.

Dasselbe gilt auch von der Koalitionspolitik, für die wir als Gewerkschaft keine Verantwortung tragen, durch die aber auch die gewerkschaftlichen Interessen stark berührt werden. Solange wir nicht die Mehrheit in den Parlamenten haben, sind wir auf die Unterstützung andrer Parteien angewiesen, wenn wir unsern Einfluß geltend machen wollen. Im übrigen will auch das Regieren gelernt sein. Wie man das Schwimmen nur im Wasser lernen kann, so lernt man das Regieren auch nur durch eine Beteiligung an der Regierung. Freilich sieht manches in der Nähe besehen anders aus, als wenn man es vom abseitsstehenden Oppositionsstandpunkt betrachtet. Das erleben wir sehr oft auch im kleinen. Kollegen, welche in den Zahlstellen immer auf seiten der Opposition gestanden haben, sind meistens vollständig umgeschlagen, wenn sie selbst an eine verantwortliche Stelle in der Ortsverwaltung kamen. Das lag nicht etwa daran, daß sie nicht genügend Prinzipienfestigkeit hatten, sondern weil sie durch den gewonnenen Einblick in die tatsächlichen Verhältnisse einer besseren Einsicht folgten und nunmehr das als richtig vertraten, was sie vorher als falsch bekämpften.

Das Ermächtigungsgesetz ist gewiß kein Glanzstück der Demokratie. Unter den gegebenen Verhältnissen durfte ihm aber die Zustimmung nicht versagt werden, weniger wegen der Parlaments- und Regierungskrise selbst, die bei der Ablehnung des Gesetzes in Aussicht stand, als wegen ihrer volkswirtschaftlichen Auswirkung. Ob wir nach Auflösung des Reichstags bei den Neuwahlen einige Mandate einbüßten, das durfte nicht ausschlaggebend für die Entscheidung sein. Wohl aber mußte die volks- und weltwirtschaftliche Lage berücksichtigt werden. Als das Ermächtigungsgesetz zur Beratung stand, befanden wir uns gerade im Anfangsstadium der Stabilisierung. Die Mark hatte am 20. November v. J. ihren Höchststand mit 1 Billion Papiermark erreicht. Die Inflation, unter der die Arbeiter mit am meisten gelitten haben, kam zum Stillstand, alles atmete unter dieser Wendung erleichtert auf, und es ist nur zu verständlich, daß durch die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz keine neue Erschütterung in das Wirtschaftsleben getragen werden sollte. Die im Falle der Ablehnung eingetretene Regierungs- und Parlamentskrise hätte eine neue Inflationswelle hervorgerufen, was unter allen Umständen verhindert werden mußte. Wenn in der Wirtschaft stabile Verhältnisse eintreten sollen, so müssen sie auch in der politischen Leitung des Reiches eintreten. Wenn eine Regierung im Laufe eines Jahres fünfmal erneuert wird (Wirth, Cuno, zwei Kabinette Stresemann, Marx), so kann man ersprießliche Arbeit nicht von ihr verlangen. Was das eine Kabinett begonnen, wurde von dem andern liegen gelassen. Ein ungeheurer Aufwand an Zeit und Mühe war nutzlos vertan. Daß unter der Fortsetzung solcher unsicheren Verhältnisse weder im Inland noch im Ausland Vertrauen zur Leitung der Reichsgeschäfte aufkommen konnte, ist selbstverständlich, und die Folge wäre eben gewesen, daß die Rentenmark genau denselben Weg gegangen wäre wie die Papiermark, nur mit noch katastrophaleren Wirkungen.

Damit kommen wir auf die Hindernisse, welche dem erfolgreicheren Wirken der Gewerkschaften in den letzten Jahren und Monaten entgegenstanden. In erster Linie die Inflation. Alle noch so guten Lohnvereinbarungen erwiesen sich durch die fortschreitende Geldentwertung als nutzlos. Selbst wöchentliche Abmachungen schützten nicht vor der Entwertung des Lohnes. Der von den Gewerkschaften an Hand von Indexziffern verfochtene wertbeständige Lohn konnte die gewaltige Lücke nicht ausfüllen, welche die mit rasender Geschwindigkeit kletternden Preise zwischen sich und den nachhinkenden Löhnen hinterließen, um so mehr sich die Unternehmer der Gewährung ausreichender Löhne genau so widersetzten wie zu allen Zeiten. Und nun kommt die Hauptfrage? Warum erkämpften sich die Gewerkschaften denn keine ausreichenden Löhne? Weil die zum Kampf notwendigen Mittel in demselben Maße abnahmen, wie die Inflation, die Geldentwertnug, zunahm. Unser Hauptkassenbestand zerfloß wie Butter an der Sonne. 545 Millionen Mark Kassenbestand vom 2. Quartal 1923 waren am 20. November, also nach fünf Monaten, noch ein Zwanzigstel-Rentenpfennig wert. Vom 11. Oktober bis zum 20. November (das sind 5½ Wochen) fand eine tausendfache Verschlechterung des Geldes statt. Am 11. Oktober kassierte Milliardenbeiträge waren, wenn sie bis zum 20. November in die Hauptkasse gelangten, nur noch Millionen wert, also wertlos. Unter diesen Umständen den Zentralvorständen Mangel an Kampfesmut vorzuwerfen, Verlassen des Klassenkampfstandpunktes und wer weiß, was noch alles, zeugt eben nur von einer gänzlichen Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse oder aber wider besseres Wissen angewandte Bosheit. In den zurückliegenden Nachkriegsepochen war es nicht viel besser. Nur daß die einzelnen Entwertungsphasen nicht mit solcher riesigen Schnelligkeit abliefen als die letzten. Die erste tausendfache Verschlechterung des Geldes bedurfte eines Zeitraums von 8¼ Jahren (Juli 1914 bis 21. Oktober 1922), die abermalige tausendfache Verschlechterung trat nach weiteren 9½ Monaten ein (am 8. August 1923), die dritte tausendfache Verschlechterung nach 9 Wochen (am 11. Oktober 1923) und die vierte tausendfache Verschlechterung, und damit der tiefste Stand der Papiermark, nach weiteren 5½ Wochen (am 20. November 1923).

Der von der Inflation in unserm Verbande angerichtete Schaden konnte noch nicht behoben werden, weil die große Arbeitslosigkeit in der Steinindustrie ein Wiederauffüllen der Verbandskasse bisher verhinderte. Bei 80—90 Prozent arbeitsloser Kollegen ergibt sich das spärliche Fließen der Einnahmen ganz von selbst (zur

Zeit hat sich die Arbeitslosigkeit auf 60—70 Prozent verringert). Die Verhältnisse haben sich nun wenigstens soweit gebessert, als die notwendigste Korrespondenz mit den Zahlstellen geführt werden kann. Auch kann die Zentrale sich mehr der Agitation widmen durch Erweiterung der Presse und Teilnahme an Versammlungen, die bitter notwendig ist, wenn die Fühlung und damit das Vertrauen zwischen den einzelnen Gliedern des Verbandes wieder hergestellt werden soll. Das Unterstützungswesen des Verbandes muß jedoch vorläufig auf die Streikunterstützung beschränkt bleiben. Daneben wird nur noch ein geringes Sterbegeld gezahlt.

Wie notwendig das Rüsten im Verbande ist, beweisen die Absichten der Unternehmer. Sie glauben die Zeit für gekommen, in der sie wieder wie früher alleinige Herren im Hause waren, abgesehen von einigen rühmlichen Ausnahmen, die erkannt haben, daß das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Produktionsprozeß ein nicht zu entbehrender Faktor einer gedeihlichen Wirtschaft ist. Wenn man von den Arbeitern Mehrarbeit verlangt, so muß man sie auch für die Arbeit interessieren, was nur geschehen kann durch Mitbestimmung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Den Scharfmachern im Unternehmerlager ist das natürlich höchst unangenehm, sie möchten von jeder Bindung los, sie möchten die freie Wirtschaft, den hemmungslosen Konkurrenzkampf auf dem Rücken der Arbeiter ausfechten. Sie möchten die Arbeitszeit bis ins Ungemessene verlängern, selbst, wenn Tausende dadurch unbeschäftigt bleiben und samt ihren Angehörigen zugrunde gehen. Die jetzige Not benutzt sie als Druckmittel auf die Löhne und auf die Ausdehnung der Arbeitszeit. Da heißt es, den Unternehmern mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenzutreten. Reichen die vorhandenen Mittel nicht aus, den Kampf auf der ganzen Linie aufzunehmen, so müssen wir uns auf die Führung des Kampfes an den aussichtsreichsten Stellen beschränken, daneben aber für weitestgehende Stärkung des Kampffonds Sorge tragen. Wer jetzt nicht für die schleunige Stärkung der Verbandskasse eintritt, bezeichne sich ja nicht als Klassenkämpfer! Wer erfolgreich kämpfen will, muß vor allen Dingen für Munition sorgen. Zum Kampfe gehört Geld, Geld und nochmals Geld.

Freilich macht Geld allein auch in diesem Falle nicht glücklich. Neben dem Rüstzeug ist der Zusammenhalt in den Berufsgruppen eine unbedingte Notwendigkeit. Dieser Zusammenhalt muß durch Wahrung strengster Disziplin auch im Gesamtverbande zum Ausdruck kommen. Das einzelne Mitglied muß sich in die örtliche Organisation einfügen, und letztere in den Gesamtverband. Keine Diktatur, sondern freiwillige Unterordnung in die selbstgeschaffenen Statuten und Verbandsbestimmungen. Nur wenn wie in einem großen Räderwerk ein Rad ins andre greift, kann das zu schaffende Werk gedeihen. Jede Störung muß das Gelingen des Werkes erschweren, verzögern oder gar verhindern. Daher Kraft, Mut und Disziplin! **Diese drei Tugenden eines Kämpfers müssen uns beseelen, wenn wir das Wort Klassenkampf nicht nur im Munde führen, sondern in die Tat umsetzen wollen!**

Zwei Anträge.

Aus der Fülle der anläßlich der vom Vorstand und Ausschuß am 27. Januar d. J. gefaßten Beschlüsse dem Verbandsvorstand aus Mitgliederkreisen zugegangenen Kundgebungen greifen wir zwei heraus, welche die positiven und die negativen, die fördernden und die hemmenden, die fruchtbaren und die unfruchtbaren Kräfte nicht nur in unserm Verbande, sondern in der gesamten gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung widerspiegeln.

Der eine Antrag ist vom Kollegen Hans Untermayrhofer, Neuhaus, gestellt und bezweckt die Erhebung einer Extrasteuer von 1 Mk. zur Stärkung der Verbandskasse und Abwehr der Unternehmerangriffe. In der Begründung des Antrag wird geschildert, daß das ganze Arbeiterrecht auf dem Spiele steht und geschützt werden müsse.

Der andre Antrag ist vom Kollegen Karl Montag, Halle. Er bezweckt im Gegensatz zu den Vorstands- und Ausschußbeschlüssen vom 27. Januar d. J. die sofortige Ausschreibung des Verbandstages, dessen Kosten durch Umlageverfahren (Delegiertenmarke) von den Mitgliedern gedeckt werden sollen. Zur Begründung dieses Antrages wird auf das angebliche Versagen des Verbandsvorstandes verwiesen, durch dessen Mitschuld die katastrophale Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse herbeigeführt sei. Deshalb müsse die Frage aufgeworfen werden, ob die Verbandsleitung in ihrer jetzigen Zusammensetzung die Gewähr dafür bietet, den Verband in Zukunft vor derartigen Katastrophen zu bewahren. Der Verbandstag soll die Vorbedingung zum Wiederaufbau des Verbandes und zur Wiedergewinnung des Vertrauens der Mitglieder zum Verbande schaffen.

Beide Anträge werden hiermit zur Besprechung und Beschlußfassung in den Mitgliederversammlungen empfohlen.

Da der Verbandsvorstand in dem Antrage des Kollegen Montag angegriffen wird, sei es ihm gestattet, auf die Angriffe einzugehen. Mit dem Vertrauen zwischen Mitgliedern und Vorstand ist es so eine eigene Sache. Es wäre gewiß in reichlicherem Maße vorhanden, wenn nicht seit jeher Kräfte am Werke gewesen wären, die in der Untergrabung des Vertrauens zwischen Massen und Führern ihre vornehmste Aufgabe erblickten. Der Zweck dieser Uebung ist, die Massen von ihrem eigentlichen (gewerkschaftlichen) Ziele abzulenken und sie den eigenen (politischen) Bestrebungen zuzuführen. Dazu ist ihnen jedes Mittel recht. Der Zweck heiligt die bei den Jesuiten, so auch bei ihnen die Mittel.

Daß der Vorstand nicht unfehlbar ist und manches, wie jeder Mensch, hätte anders und besser machen können, versteht sich von selbst. Daß ihm aber eine solche Machtfülle zugesprochen wird, wie es Kollege Montag beliebt, ist geradezu kindisch. „Der Vorstand ist schuld an den ganzen heutigen Zuständen!" Was würde Kollege Montag samt seinen Anhängern sagen, wenn wir behaupten würden: „Die Mitglieder sind schuld!", obgleich diese Behauptung der Wahrheit entschieden näher käme, als die vom Kollegen Montag aufgestellte. Der Vorstand ist zweifellos in all seinen Maßnahmen abhängig von der Bereitwilligkeit und Opferwilligkeit der Mitglieder. Der Vorstand kann nur über das Maß von Kampfmitteln (sei es zur Herbeiführung von Verbesserungen oder zur Abwehr von Verschlechterungen) verfügen, das ihm von den Mitgliedern zur Verfügung gestellt wird. Daß die Beiträge der Mitglieder, soweit sie überhaupt regelrecht entrichtet wurden, infolge der allgemeinen Geldentwertung völlig entwertet in der Verbandskasse ankamen, kann doch nicht die Schuld des Vorstandes sein. Doch sind diejenigen Mitglieder nicht ganz von Schuld freizusprechen, welche sich von den rechts- und linksgerichteten Katastrophenpolitikern (Kommunisten und Völkischen) für ihre Zwecke einfangen ließen und ihnen erst die Bedeutung einer Massenbewegung zu geben versuchen. Zweifellos hat das Streben der beiden extremen Richtungen, den Bürgerkrieg zu entfesseln, zum Schwinden des in- und ausländischen Vertrauens in die Gesundung der deutschen Wirtschaft, das in dem Verfall der Währung seinen Ausdruck fand, beigetragen, und es ist gewiß nicht ihr Verdienst, wenn es bis jetzt nicht zum blutigen Kampf aller gegen alle gekommen ist. Daß es nicht dazu kommt, wird der Verbandsvorstand auch in Zukunft verhindern helfen durch Einsetzung seiner ganzen Kraft für Fernhaltung des parteipolitischen Streites aus dem Gewerkschaftswesen und für die Hingabe zur Erfüllung der gewerkschaftlichen Aufgaben.

Die erste Vorbedingung zum Wiederaufbau des Verbandes ist die Hebung unsrer Finanzen. Dazu bedarf es gewiß nicht des teuren Verbandstagsapparates. Er würde einen großen Teil des von ihm erwarteten finanziellen Ergebnisses verschlingen, müßten doch nach dem Vorschlage des Kollegen Montag zirka 10 000 Mark für diesen Zweck aufgebracht werden. Gerade die Achtung vor der höchsten Instanz unsres Verbands, dem Verbandstag, läßt uns seine jetzige Abhaltung unzweckmäßig, wenn nicht gar überflüssig erscheinen. Der Verbandstag ist nicht dazu da, um selbstverständliche Vorbedingungen zu schaffen, sondern zur weiteren Ausgestaltung des Verbandes. Diese kann jedoch erst erfolgen, nachdem die Mittel bereit gestellt sind, und dazu kann die Annahme des Antrages Kollegen Untermayrhofer in hervorragendem Maße beitragen.

Freilich ist auch zu diesem Antrage einiges zu sagen. Von den erwerbslosen Kollegen, ist eine Beitragsleistung nicht zu verlangen, es sei denn, daß sie den Extrabeitrag leisten, nachdem sie einige Zeit wieder in Arbeit stehen. Schätzungsweise sind infolge des Schnee- und Frostwetters noch 60—70 Prozent der Kollegen arbeitslos (genaue Feststellungen sind wegen der mangelhaften Berichterstattung durch die Ortsverwaltungen nicht möglich). Nur 30—40 Proz. der Kollegen sind beschäftigt, zum Teil nur verkürzt. Gesetzt den Fall, die Mehrheit der Verbandsmitglieder stimmt dem Antrage des Kollegen Untermayrhofer zu, so könnte mit einer sofortigen Extraeinnahme des Verbandes von 15—20 000 Mark gerechnet werden. Wie sich diese Summe als Kampfmittel auswirken würde, dafür einige Beispiele Für 15 000 Mark können 300, für 20 000 Mark 400 streikende oder ausgesperrte Kollegen 5 Wochen lang pro Woche mit je 10 Mark unterstützt werden. Und die für den vom Kollegen Montag beantragten Verbandstag erforderlichen Mittel könnten 200 Kollegen einen fünfwöchigen Kampf bei einer wöchentlichen Unterstützung von 10 Mark ermöglichen.

Die Wahl zwischen den beiden Anträgen wird den Kollegen, falls sie dem einen oder andern zur Durchführung verhelfen wollen, nicht schwer fallen. Der Verbandsvorstand ersucht die Kollegen, allerorts Stellung zu den Anträgen zu nehmen und ihm das Resultat ihrer Stellungnahme baldigst mitzuteilen.

Zur Neuwahl der Betriebs-, Arbeiter- sowie Angestelltenräte und Betriebsobleute.

Die Neuwahlen zu den gesetzlichen Betriebsvertretungen, die in den Vorjahren auf Veranlassung des ADGB. im Interesse der Gesamtarbeiter- und Angestelltenschaft einheitlich unter Leitung der örtlichen Körperschaften des ADGB. in den Monaten März—April vorgenommen wurden, stehen wiederum in den nächsten Wochen bevor, da laut § 18 und 38 die jeweilige Funktionsperiode nur ein Jahr dauern darf. Infolge des Wiedererstarkens der Reaktion und deren Angriffe auf die wenigen noch bestehenden Arbeiterrechte muß den diesjährigen Wahlen eine größere Bedeutung beigemessen werden. Umsomehr gilt es daher, schon jetzt die nötigen Vorbereitungen zu treffen. Insbesondere haben auch die Betriebsvertretungen, die infolge besonderer Umstände erst vom Monat Mai ab gewählt wurden, ihre Amtsniederlegung vorzunehmen. Weiter darf sich keine Belegschaft den Vorarbeiten und nötigen Wahlen entziehen, weil sonst die gesamte Belegschaft der ihr aus dem Betriebsrätegesetz zustehenden Rechte verlustig geht. Es gilt auch zu prüfen, ob die bisherigen Vertreter die ihnen aufgetragenen Verpflichtungen so erfüllt haben, wie es billigerweise von ihnen verlangt werden konnte, oder ob sie in einer oder der andern Hinsicht versagt haben. Trifft letzteres zu, dann muß eine Ersetzung durch tüchtigere Kollegen vorgenommen werden. Sind sie dagegen den gestellten Anforderungen gerecht geworden, dann müssen sie erneut aufgestellt und gewählt werden. Die bereits von diesen Kollegen über die Materie des BRG. gesammelten Erfahrungen würden ihnen bei der weiteren Amtsausübung besonders von Vorteil sein Das Ungewohnte der Aufgaben, vor die jeder neugewählte Betriebsrat gestellt wird, haben die Betreffenden bereits überwunden und können somit im Interesse der Belegschaft ihre wirksame Tätigkeit sofort erneut entfalten.

Warnen möchten wir hierbei, die Auswahl der zukünftigen Betriebsvertreter von der Zugehörigkeit zu irgendeiner Parteirichtung abhängig zu machen. Die Tüchtigkeit, das Wissen, der lautere, feste Charakter und die gewerkschaftliche Schulung allein dürfen nur ausschlaggebend sein. Die Lockungen der Unternehmer, die Betriebsvertretungen für ihre Interessen und Ziele zu gewinnen, werden immer stärker einsetzen. Wir verweisen hier nur auf die von Unternehmerseite ausgegebene Forderung „Beseitigung der Tarifverträge, Einführung der Werksvereinbarungen und Verlängerung der Arbeitszeit". Alle diese Bestrebungen sollen mit Hilfe einer gefügigen Betriebsvertretung durchgeführt werden, darum ist es dringende Pflicht, nur die wirklich geeigneten und befähigten Kollegen auf diese verantwortungsvollen Posten zu stellen. Die Aufgaben der Betriebsräte sind so vielseitig, daß es nicht genügt, mit schönen Worten eine große Rede gegen die Gewerkschaften oder deren Beauftragte loszulassen. Sie sollen auch mitwirken bei der Hebung der materiellen Lebenslage der Kollegen. Weiter sollen sie produktionshebende und verbessernde Anregungen geben, sowie Maßnahmen verhüten, die die Allgemeinheit schädigen können. Die Erfüllung dieser Aufgaben ist nur möglich, wenn sich die Betriebsvertretungen nicht allein von den engen Betriebsinteressen, sondern mehr von den Interessen des Volksganzen leiten lassen.

Die Zukunft ist ernst, äußerst ernst. Die Errungenschaften beim Zusammenbruch 1918, sowie die früher erkämpften Rechte und damit das gesamte kollektive Arbeits- und Tarifrecht ist in Gefahr. Was den Unternehmern nicht durch die Inflationspolitik, nämlich die Beseitigung oder Ausschaltung der Gewerkschaften in der Lohn- und Tariffrage, erreichten, soll durch die Betriebsvereinbarungen ersetzt werden. Ein Vorhaben, das an der gesunden Logik unsrer Kollegen scheitern muß. Nicht Dezentralisierung, sondern Zentralisierung unsres Tarifwesens, und damit eine geschlossene starke Organisation, muß die Losung sein. Die Parole für die Betriebsvertreterneuwahlen muß lauten:

„Für Einheit und Kräftigung der Gewerkschaften."

Darum fort mit den politischen Streitigkeiten in den Betrieben, die Abwehr der Unternehmeranschläge erfordert geschlossenes Handeln, das bei den Neuwahlen zum Ausdruck kommen muß. Die Neuwahlen müssen beweisen, daß das Ansinnen der Unternehmer an unsrer Geschlossenheit wirkungslos abprallt. Eingedenk dessen dürfen nur solche Kollegen aufgestellt und gewählt werden, die sich ihres Verantwortlichkeitsgefühls gegenüber den Kollegen und der Organisation bewußt sind, die ihre Stütze wieder in einer starken Gewerkschaft finden.

Der Grabstein.

Von Peter Scher.

Acht Tage vor Allerseelen erhielt die verwitwete Frau Postoffizial Hanfmoser von der städtischen Friedhofsverwaltung die Aufforderung, den überfälligen Grabstein ihres Onkels Korbinian Hanfmoser binnen zehn Tagen entfernen zu lassen, widrigenfalls er auf Kosten der Gemeinde abgetragen und zur öffentlichen Versteigerung gebracht werden müsse.

Die verwitwete Postoffizial, deren Habgier im Stadtbezirk sprichwörtlich war, empfand bei dieser Nachricht einen Stich in der Herzgegend, denn sie glaubte sich zu erinnern, daß Onkel Korbinians Grabstein aus echtem Marmor bestand, und was echter Marmor in diesen Zeiten kosten konnte, war gar nicht auszudenken.

Sie erkundigte sich vorsichtig in einigen Steinmetzgeschäften nach den Preisen; aber es schien, als ob von allen Gebrauchsgegenständen des täglichen Lebens Grabsteine noch immer die billigsten seien. In ihren Hoffnungen etwas ernüchtert, beschloß die verwitwete Hanfmoser, den Stein im privaten Verkaufs- oder Tauschverkehr an den Mann zu bringen. Zu diesem Zwecke setzte sie sich mit dem Friedhofswärter in Verbindung, indem sie ihre betrübte Lage so täuschend wahrheitsgetreu schilderte, daß er, von Mitgefühl überwältigt, versprach, etwaige Reflektanten zu ihr zu schicken.

Zwei Tage später meldete sich ein Landmann aus der Gegend von Haspelmoor. Er wurde ungeachtet seiner schmutzigen Stiefel und eines starken ländlichen Aromas mit Wohlwollen empfangen und, da Frau Hanfmoser gerade beim Kaffee saß, zu einer Tasse eingeladen.

Während der Landmann umständlich und mit großem Geräusch das bittere Getränk schlürfte, schossen der verwitweten Offizial die abenteuerlichsten Forderungen durch den Kopf, denn, daß der Himmel in dieser Angelegenheit einen Landmann — noch dazu einen aus der nahrhaften Gegend von Haspelmoor — in ihre Hände gegeben hatte, schien ein Wink von oben, auf der Hut zu sein.

Sie tauschten vorderhand einige Betrachtungen und aphoristische Sätze über Zeit, Witterung und Ernährungsstand aus, wobei der Verwitweten allerdings nicht entging, daß der Bauer bei Erwähnung landwirtschaftlicher Produkte eine bemerkenswerte Zurückhaltung bewies.

Als er mit dem Kaffee fertig war, wischte er sich mit einem großen rotgeblümten Tuch den Mund ab, und da er aus Gründen der Akuratesse das Tuch noch einmal in seiner ganzen Größe entfaltete, um es zusammenzulegen, sah sie, daß es an allen vier Ecken mit den Bildnissen der Mitglieder des ehemals regierenden Hauses bedruckt war — was ihr wohltat und ein bereits in ihr aufdämmerndes Mißtrauen zerstreute.

Gegen alles Erwarten stellte der Landmann hierauf ohne jeden Uebergang die Frage, was der Stein kosten solle.

Er sei ja ein armer Mann mit einer großen Familie; von seinen beiden Kühen sei eine beim Kalben zugrunde gegangen; die Roggenernte sei nicht so wie sie sein solle; Kartoffeln hätten sie kaum genug für sich selber und die Steuern . . . o du mein lieber Herrgott . . . aber selbstverständlich: zahlen wolle er schon — wenn der Stein nicht zu teuer wäre.

Die verwitwete Offizial hatte dem Landmann mit wachsendem Unbehagen zugehört. Nun öffnete sie den Mund und begann:

Ja, wenn die Leute vom Lande so reden wollten, was sollten dann erst die in der Stadt — was sollte eine arme Witwe sagen! Ein Liter Milch koste soundsoviel; Butter kenne man kaum noch dem Namen nach. Wenn sie von ihrer Pension leben müßte, wäre sie schon längst verhungert und hätte den Grabstein für sich selber bestellen können. Allerdings sei er als echter Marmorstein für eine arme Witwe viel zu kostbar. Immerhin sei sie bereit, entgegenzukommen . . . Doch wie er wolle.

Der Landmann, der während ihrer Rede hypnotisiert auf die goldene Brosche an ihrem Busen gestarrt hatte, verlangte nun bündig, den Preis zu hören, worauf die Witwe ausweichend erklärte: „Was sind heutzutage Summen!"

Der von Haspelmoor nickte trübselig und wiederholte, daß er ein armer Mann sei, der seine Sachen zusammenhalten müsse.

So waren sie wieder auf dem alten Punkte angelangt, als die Frau Offizial, resolut zu seiner Taktik übergehend, ohne Uebergang mit der Frage herauskam, ob er mit einem Tausch zufrieden wäre.

Der Landmann erwiderte vorsichtig, das wäre er schon; vorher müsse er aber den Stein doch erst gesehen haben.

Nun gut, die Frau Offizial war einverstanden und so gingen sie unter hinhaltenden und verschmitzten Gesprächen gemeinsam nach dem Friedhof.

Der Wärter, den der Fall brennend interessierte, denn er hoffte von dem Bauern als Vermittlungsgebühr einen Zentner Kartoffeln herauszuschlagen, führte sie an das Grab, das ein zusammengesunkener, trübseliger Hügel war, auf dem eine winzige Marmorplatte mit einem kleinen Kreuz angebracht war.

Die Frau Offizial und der Landmann, der unwillkürlich seinen alten Filzdeckel abgenommen hatte, betrachteten den Stein, während der Wärter, mit Geräusch eine Prise schmupfend, seine lauernden Blicke auf den beiden ruhen ließ.

Der Landmann las andächtig buchstabierend die Inschrift:

„Hier ruhet in Gott der tugendsame Jüngling Korbinian Hanfmoser, gestorben im 82. Jahr seines Lebens."

Als er zu Ende buchstabiert hatte, sagte er, der Stein sei doch ein bißchen klein und recht alt sei er auch.

„Aber echter Mormor", erwiderte die Frau Offizial mit einem auffordernden und verheißungsvollen Seitenblick auf den Wärter, der, eine weitere Vergütung witternd, hinzutrat und unter beglaubigendem Kopfnicken die Platte beklopfte.

Der Bauer, derart in die Enge getrieben, fragte nun geradezu, was sich die Frau als Tauschobjekt gedacht habe.

„Eine Gans", sagte die Frau Offizial kurz und scharf.

Der Landmann legte die Hand ans Ohr, als habe er nicht recht gehört. Dann schüttelte er den Kopf und sagte, er habe überhaupt nie Gänse gehalten.

Im selben Moment fiel ihm ein, daß er leicht einen Hasen in der Schlinge fangen könne, und er sagte, indem er zugleich dem gierig lauschenden Wärter zuwinkte, daß er ihr einen Hasen für den Stein besorgen wolle.

Aber das sei schon das Höchste.

Der Wärter brummte etwas Bestätigendes und auch die Witwe schien, obwohl sie es nicht sogleich merken lassen wollte, einen Hasen nicht übel zu finden.

Indessen zögerte sie, als ihr der Bauer die Hand hinhielt, doch noch, einzuschlagen, denn ein Gedanke war ihr gekommen.

„Mit dem Fell natürlich!" sagte sie.

Der Bauer stutzte und kratzte sich hinterm Ohr.

Ob sie wisse, was so ein Fell koste? Nein, nein — ohne Fell natürlich!

Da zog die Frau Offizial die schon erhobene Hand eilig zurück und sagte scharf: „Wenn Sie das Fell nicht dabei lassen, kann ich den Stein nur ohne Kreuz hergeben!"

Einen Augenblick standen sich die Parteien feindselig gegenüber, was den Wärter in peinliche Verlegenheit brachte.

„Ohne Kreuz —?!" sagte der Bauer und schüttelte den Kopf.

Alle heiligen Empfindungen sträubten sich in ihm gegen die Vorstellung eines Grabsteins ohne Kreuz; ein heftiger Kampf entbrannte in seiner Seele, aber das Gute siegte — wie immer — und so sagte er, wenn auch mit einem schweren Seufzer: „Na, dann also mit dem Fell!"

Die Frau Offizial schlug ein, und nachdem sie noch eine Minute in stiller Versunkenheit am Grabe des tugendsamen Jünglings verweilt hatten, entfernten sie sich unter Führung des aufgeregt schnupfenden Wärters von dem schweigenden Gottesacker.

Das sagt man nicht.

Ach was, mein Junge, halt einmal still:
man sagt niemals, man könne was nicht!
Der Mensch kann alles, wenn er will!

Denk mal umher, rundum umher:
was nicht in Feld und Garten gewachsen,
was nicht von Anbeginn an schon war,
und wär' es dir noch so unergründlich,
unerfaßlich und unerfindlich,
es ist doch nur immer von den Menschen gekonnt . . .
und nichts ist wo vom Himmel gefallen
oder durch Wunder zustande gebracht . . .
es ist alles immer vom Menschen erdacht
und gemacht!
Von Menschen wie ich und von Menschen wie du
und immer nur mit ganz einfachen Mitteln,
ohne jegliche Hexerei . . .
und das ist das wirkliche Wunder dabei:
nur der Wille zu wollen gehörte dazu!

Also, meine Junge, man macht kein Gesicht
und sagt nie mehr, man könne wos nicht!

Cäsar Flaischlen.

Opposition.

Wie herrlich nimmt das Wort Opposition sich im Geiste eines widerspruchsvoll veranlagten Menschen aus. Opposition bedeutet für ihn das Höchste der Gefühle. Was sich oppositionell bezeichnet, ist nach seiner Meinung richtig, alles andre grundverkehrt und verabscheuungswert. Das wird für ihn in um so höherem Maße zutreffen, je größer der oppositionelle Einfluß ist. Um diesen zu steigern, sind die Oppositionellen, unter Führung außerhalb der Gewerkschaften stehender Personen und Körperschaften an manchen Orten dazu übergegangen, die Opposition durch Fraktionsbildungen zu organisieren, womit der erste Schritt zu einer geistigen Spaltung vorliegt. Wo jedoch die Opposition bereits den ganzen Verwaltungsapparat beherrscht, wurden die zur Opposition in Opposition stehenden Kollegen ebenfalls in eine engere Gemeinschaft gedrängt oder völlig verdrängt. So stehen sich in manchen Orten die verschiedenen politischen Richtungen geschlossen, um nicht zu sagen feindlich, gegenüber, wodurch die gewerkschaftlichen Aufgaben gewiß nicht gefördert, wohl aber äußerst gefährdet werden. Wo nun gar eine oppositionelle Presse den oppositionellen Samen in den durch Not und Elend aufgewühlten Boden streut, da schießen die oppositionellen Gewächse einschließlich des mehr oder weniger schädlichen Unkrautes in Massen hervor.

Trotz aller oppositionellen Propaganda gibt es jedoch noch Menschen, die zwar zugeben, daß ein Sichabfinden mit allen Ueberlieferungen zum Stillstand, zur Erstarrung führt, die aber in einer Opposition aus Prinzip eine schwere Schädigung der natürlichen Entwicklung erblicken. Wie viele Personen gibt es, die sich rühmen, immer bei der Opposition gewesen zu sein, und sich auf diese Weise der von ihnen begeisterten Menge als leuchtendes Beispiel empfehlen. In Wirklichkeit sind sie jedoch weiter nichts als arme Schächer, die genau so erstarrt sind in ihren dogmatischen Formeln wie diejenigen, die angeblich unter keinen Umständen von ihren alten Ueberlieferungen abgehen wollen. Aus der beiderseitigen Halsstarrigkeit ergeben sich dann die oft die häßlichsten Formen annehmenden Kämpfe.

Altes und Neues muß gewissenhaft geprüft und gewogen werden. Als Maßstab muß die Erfahrung dienen. Was sich in der Vergangenheit als gut erwiesen hat, muß beibehalten, was überlebt, muß beseitigt und durch brauchbares Neues ersetzt werden. Man vergesse doch nie, daß das Alte, das Bestehende, doch auch das Ergebnis früherer Kämpfe zwischen Altem und Neuem war, daß alles Bestehende das Resultat einer natürlichen Entwicklung ist. Nicht im reißenden Strom Brücken hinwegreißend, Dämme durchbrechend und Unheil anrichtend hat sich die moderne Arbeiterbewegung entwickelt, sondern ruhig und stetig auf gesetzlichem Boden hat sie ihren Aufmarsch vollzogen. Und nur diese stete Entwicklung hat ihr die Machtstellung verschafft, die sie vor dem Ausbruch des Krieges hatte. Einer gewissen Stetigkeit der aufeinanderfolgenden Perioden kann eine gesunde Entwicklung nicht entbehren. Revolution in Permanenz richtet den stärksten Volkskörper zugrunde.

Wer den Kampf nur um des Kampfes willen führt, ohne Rücksicht auf das eventuelle Ergebnis, entzieht der Gesamtbewegung durch nutzlose Opfer viele wertvolle Kräfte, die vernunftgemäß angewandt ebenso nutzbringend wirken können. Zum Kampf gehören ausreichende Mittel. Mut ist gewiß eine nicht zu entbehrende Tugend. Wenn aber Mut nicht mit Kraft gepaart ist, und die Kraft des Verbandes äußert sich hauptsächlich in der Stärke unsrer Verbandsfinanzen, so haben unsre Gegner leichtes Spiel. Mit schwachen, der finanziellen Unterstützung entbehrenden Kämpfern werden sie bald fertig werden. Für Einigkeit und Geschlossenheit, aber auch für einen allen Anforderungen genügenden Kampffonds. Keinen Pfennig den die Wiederaufbauarbeiten der Gewerkschaften störenden Körperschaften. Jeder dem gewerkschaftlichen Wiederaufbau entzogene Betrag vermindert die Kampfkraft der Gewerkschaften. Heraus aus den Harmonievereinen einerseits und den den Klassenkampf nur im Munde führenden Vereinigungen anderseits! Hinein in die freien Gewerkschaften, sie sind die wirksamsten Vertreter ihrer Klassengenossen. Sie predigen den Klassenkampf nicht nur, sondern sie führen ihn mit den ihnen zu Gebote stehenden Mitteln.

Wer den Gewerkschaften oder ihren Führern mangelnde Kampflust oder Schlimmeres vorwirft und ihnen mit Beitragssperren droht, handelt genau so unvernünftig wie ein Bauer, der seine Kuh ohne Futter läßt und sie prügelt, weil sie ihm keine Milch liefert. Wer Interesse an der Leistungsfähigkeit seiner Organisation hat, der sorge vor allen Dingen für die Bildung eines Kampffonds. Ohne diesen sind erfolgreiche Kämpfe nicht zu führen. Mit noch so oppositionell tönenden Reden vom Klassenkampf ist der Bewegung nicht gedient, wenn ihnen nicht die Herbeischaffung der Kampfmittel voraufgegangen oder nicht unmittelbar mit ihnen verbunden ist. Ungenügend vorbereitete Kämpfe führen gar zu leicht zu Niederlagen, sie fördern die Bewegung nicht, sondern hindern sie. Statt Fortschritte haben sie nicht selten Rückschritte im Gefolge, und es bedarf erst wieder neuer Kämpfe, um die bereits innegehabten Positionen zurückzugewinnen. Das gilt auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiete in gleichem Maße. An der Arbeiterschaft liegt es, die Notwendigkeiten zu erkennen und sich in ihren Handlungen und Unterlassungen von der auf Erfahrungen beruhenden Erkenntnis leiten zu lassen.

Wer nur um der Opposition willen bei der Opposition ist, schadet der Bewegung ebensosehr wie derjenige, der ohne eigene Ueberzeugung auf der nichtoppositionellen Seite zu allem Ja und Amen sagt. Denn nicht das Gute (sei es alt oder neu) wird in diesem Falle siegen, sondern das Geschick, mit dem die eine oder andre Sache vertreten wird. Zwar sagt ein altes Sprichwort: „Das Gute bricht sich immer Bahn", doch oft erst dann, nachdem für Schlechtes viel unnützes Lehrgeld zum Fenster hinausgeworfen wurde. Wem es mit der Führung erfolgreicher Kämpfe zur Abwehr weiterer Verschlechterungen und zur Erzielung notwendiger Verbesserungen in den Lohn- und Arbeitsverhältnissen ernst ist, der sorge vor allen Dingen für die notwendigen Voraussetzungen, für die Einigkeit der Bewegung und eine gefüllte Kasse.

Aus den Zahlstellen.

Rammelsbach. Am 3. Februar war nach langer Pause wieder eine Versammlung (Abrechnung und Neuwahl). Zahlreich trafen die Kollegen von Rammelsbach ein; mehr als vier Monate sind sie ohne Arbeit und auch fast ohne jede geldliche Unterstützung. Mit dem Bettelstab konnte man die Steinarbeiter in die umliegenden Bauernortschaften oder in das nahe Saargebiet wandern sehen, um für ihre Familien nur das Allernötigste herbeizuschaffen. Kollege Dick, der die Kassiererstelle des ausgewiesenen Kollegen Jakob Gras vertretungsweise übernommen, gab den Kassenbericht. Die Abrechnung erfuhr keine Beanstandung. Nach Erledigung der Neuwahl erstattete Kollege Fauß Bericht von der Gaukonferenz in Mannheim. Die Beamten vom Steinbruchsgebiet Rammelsbach wollen nach ihrer Aussage nicht mehr mit dem Verband verhandeln. Der Vorstand wird beauftragt, hiergegen die nötigen Maßnahmen zu treffen.

Ludwigshafen. Versammlung am 10. Februar. Vorsitzender Müller kritisierte wie schon öfter den schlechten Versammlungsbesuch. Hierauf gab er die letzten Eingänge vom Hauptvorstand und von der Bezirksleitung bekannt. Aus ersterem ist zu ersehen, daß die Kollegialität und das Zusammenhalten innerhalb der Organisation immer noch viel zu wünschen übrig lassen. Kollege Bräunig betonte, daß ganz besonders schuld an dieser Kalamität die Spitzen seien, da sie die günstigste Zeit, für die Arbeiterschaft etwas herauszuholen, versäumt hätten. Kollege Müller schiebt dagegen auch den Kollegen einen großen Teil Schuld zu, infolge ihrer Lauheit. Betreffs des „Steinarbeiter wurde beschlossen, zehn Exemplare zu bestellen und sie prozentual auf die einzelnen Plätze zu verteilen. Durch das Versammlungsverbot hatte naturgemäß auch unser Verband zu leiden, das betonte der Vorsitzende in seinem Tätigkeitsbericht besonders. Der Streik im Mai 1923 brachte Erfolg. Den Kassenbericht gab Kollege Schulz. Ihm wurde für seine mühevolle Arbeit, besonders während der Inflationsperiode, die vollste Anerkennung ausgesprochen. Zur Frage des Arbeitsnachweises verlangte der Vorsitzende, daß sich sämtliche zugereisten Kollegen unbedingt beim Vorsitzenden oder beim Kassierer zu melden haben. Die pfälzischen Zahlstellen tragen sich mit dem Gedanken, in absehbarer Zeit eine Konferenz abzuhalten zu dem Zweck, 25 Prozent auf die Maurerlöhne zu verlangen. Zum Delegierten wurde der Vorsitzende bestimmt. Die Unstimmigkeit unter den Kollegen in der Anilinfabrik ist hauptsächlich auf das ihnen aufgezwungene Akkordsystem zurückzuführen. Die Sache soll jedoch in nächster Zeit seine Aufklärung finden. Um die Kollegen einander näherzubringen, wurde beschlossen, Ende Februar ein geselliges Zusammensein abzuhalten.

Langenaltheim und **Solnhofen.** Am 15. und 16. Februar fand in beiden Orten des Lithographiesteingebiets je eine Versammlung statt. Referent war in beiden Versammlungen der Redakteur Kollege Siebold. In beiden Zusammenkünften, wovon die im erstgenannten Orte hätte besser besucht sein können, fanden die Ausführungen des Referenten lebhafte Zustimmung. Die Versammlungsbesucher waren mit ihm der Auffassung, daß die Kollegenschaft alles dransetzen muß, den Verband wieder auf die frühere Höhe zu bringen. Wenn auch augenblicklich infolge der wirtschaftlichen Krise die Arbeitgeber sich besonders stark fühlen und diese Stärke in den Lohn- und Arbeitsbedingungen zur Geltung bringen wollen, so ist dies jedoch kein Vorgang, der irgendwie geeignet wäre, Schlappheit und Gleichgültigkeit im gewerkschaftlichen Leben zu erzeugen. Auf diesen Gedankengang war die Diskussion in beiden Versammlungen eingestellt. Verschiedene Zusammenhänge und Aufklärungen, die infolge der Tätigkeit des Referenten im Reichsparlament auf Verlangen gegeben werden konnten, brachten den Kollegen zum Bewußtsein, daß man immer richtiger handelt, erst Aufklärung zu verlangen und dann ein Urteil abzugeben. Leider wird es sehr oft zum Schaden der Gesamtarbeiterbewegung umgekehrt gemacht. Die Versammlungsbesucher schieden aus der Versammlung mit dem Willen, in der Organisationsarbeit noch mehr zu leisten wie bisher.

Hamburg. Am 23. Februar Versammlung im Gewerkschaftshaus. Tagesordnung: Wirtschaftslage, Gewerkschaften, Steinarbeiterverband. Kollege Siebold behandelte das genannte Thema über eine Stunde und ging insbesondere auf die Machtverschiebung auf wirtschaftlichem Gebiet ein. Die Auswirkung dieser Verschiebung bekommen die Gewerkschaften in ihrer Organisationsarbeit, in der Haltung eines Teils der Mitglieder und vor allen Dingen in den Lohn- und Arbeitsbedingungen fühlbar zu spüren. Es ist nun Pflicht aller Mitglieder, die mit den Aufgaben und Zielen der Organisation einverstanden sind, ihr wieder ein festes Fundament zu schaffen. Der Beifall gab das Einverständnis der Mehrheit der Anwesenden kund. Leider wurde mehrfach versucht, den ungestörten Verlauf der Versammlung zu hindern, besonders ein Kollege konnte sich der üblichen Ordnung nicht fügen, bis die Mehrheit der Versammlung es sich ganz entschieden verbat und die Störung zum Teil beseitigte. Die kommunistisch eingestellten Kollegen hatten sich einen Korreferenten (Bauarbeiter Preuß) mitgebracht und beantragten, ihm eine Stunde Redezeit zu gewähren. Die Mehrheit lehnte den Antrag ab mit der Begründung, es sei eine Mitgliederversammlung und die Mitglieder hätten selber das Bedürfnis, ausgiebig zum Wort zu kommen. Die Aussprache gegenüber dem Referenten, weniger zu seinem Referat, war lebhaft, sie stand zum Teil nicht auf der Höhe, die man in einer Großstadt erwarten konnte. Erklärlich ist dieser Zustand sicherlich durch die Zeiterscheinungen, wie Wirtschaftsnot und die verschiedene politische Einstellung der Kollegenschaft. Und doch dürfte dies die alten langjährigen Gewerkschaftsmitglieder nicht veranlassen, nun alles durch die rein persönliche Brille zu sehen und einzuschätzen. Wenn man selber von seiner Einstellung ehrlich überzeugt ist, dann darf man dem Gegenpart nicht die Ueberzeugung absprechen. So war es wenigstens früher in der Arbeiterbewegung, so muß es auch jetzt wieder Gebrauch werden, sonst ziehen wir uns den Boden unter den Füßen selber fort. An der Aussprache beteiligten sich die Kollegen: Delvo, Timme, Würz, Wild, Chitussi, Mildner, Senft, Westphäli, Beigang, Prestien und noch einige. — Krieg, Kriegskredite, Hilfsdienstgesetz, Schiffstaufe Legien, Ermächtigungsgesetz, passiver Widerstand, Arbeitszeitverordnung, Feigheit und Verrat der Führer, Rußland, Berufsverband, Industrieverbände, Verbandsvorstand, Redaktion, Organisationsapparat des Verbandes, KPD. und VSPD., Olsdorfer Streik usw., alles quirlte durcheinander, es waren nur ganz wenige Kollegen, wie Senft, Westphäli, Beigang, Neumann, die sich enger an den Vortrag und an die Vorkommnisse der eigenen Organisation hielten. Das Schlußwort des Referenten erforderte ebenfalls eine Stunde, so daß die Kollegen gut ausgehalten haben. Die Darlegungen des Referenten über die achtstündige Arbeitszeit und die Arbeitzeitverordnung und über die Gründe der Zustimmung seiner Person zum Ermächtigungsgesetz verfehlten sichtlich ihren Eindruck nicht auf die Zuhörer, ebenso die Darlegungen über die zerstörende Tätigkeit der Wortgtheleten in der Arbeiterbewegung. Nach Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten konnte der Vorsitzende, Kollege Neumann, die lebhafte und doch anregende Versammlung schließen.

Kassel. Am 24. Februar tagte im Gewerkschaftshaus zu Kassel eine Konferenz der Zahlstelle des Kasseler Bezirks, um Stellung zu nehmen zu der vom Verbandsvorstand in Aussicht genommenen Neueinteilung der Gaue 4 und 10. Gauleiter Schlegel aus Halle legte in längeren Ausführungen die Gründe dar, die eine Aenderung der Gaugrenzen bedingen. Die auf die Ausführungen des Gauleiters folgende Aussprache war sehr sachlich, und es stimmten alle Anwesenden den Vorschlägen des Verbandsvorstandes zu. Von allen Delegierten wurde das Verlangen gestellt, daß für den Bezirk Kassel ein besoldeter Bezirksleiter beibehalten wird. Die Konferenz beschloß einstimmig, die Kosten, die der Bezirksleiter verursacht anteilig durch einen besonderen Bezirksbeitrag aufzubringen. Ferner wurde beschlossen, die Stelle des Bezirksleiters auszuschreiben. Hierbei wurde besonders betont, daß als Bezirksleiter nur ein Kollege in Frage kommen kann, der in allen gewerkschaftlichen Fragen firm und in der Gesetzeskunde bewandert ist. Des weiteren nahm die Konferenz den Bericht entgegen über die in Kassel im Auftrage des Reichsarbeitsministers stattgefundene Einigungsverhandlung, betreffend den Schiedsspruch des Haupttarifamtes. Alle Anwesenden verurteilten das Vorgehen der Unternehmer. Es wurde festgestellt, daß bisher noch kein Unternehmerverband die Schiedssprüche des Haupttarifamtes abgelehnt habe, dieses sei lediglich dem Wegebaustoffverband, Sitz Goslar, vorbehalten geblieben. In Anbetracht der bestehenden Verhältnisse wurde mit Mehrheit den getroffenen Abmachungen zugestimmt und der Gauleitung der Auftrag erteilt, die weitere Lohnregelung vorzunehmen. Die Konferenz nahm Kenntnis von der durch den Reichsverband der deutschen Steinindustrie ausgesprochenen Kündigung des RAV. für die Pflasterstein- und Schotterbetriebe und brachte zum Ausdruck, daß der Verband keinesfalls einem verschlechterten Vertrag seine Zustimmung geben darf, sich vielmehr freie Hand sichern solle, um dann in der gleichen Weise, wie die Unternehmer dieses jetzt tun, die Konjunktur ausnützen zu können. Nach Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten wurde die Konferenz geschlossen.

Schweiz. Die Situation unter den Bauarbeitern wird immer kritischer. Bereits hat der Baumeisterverband in einigen Orten angefangen, die Bauarbeiter aller Berufe zu zwingen, eine verlängerte Arbeitszeit bis zu zehn Stunden wieder einzuführen. Sie haben nichts gelernt aus der Volksabstimmung, welche die Verlängerung der Arbeitszeit mit so großem Mehr abwies. Dieses Vorgehen der Unternehmer weist auf bald bevorstehende ernste Bewegungen. Wir werden alle unsre Kräfte einsetzen, um eine Arbeitszeitverlängerung zurückzuweisen. Bei diesem Anlaß machen wir nochmals darauf aufmerksam, daß alle Bauarbeiter, gleich welchen Berufes, die beabsichtigen vom Ausland nach der Schweiz zu kommen, sich vor ihrer Einreise beim Vorstand der Sektion der Bau- und Holzarbeiter desjenigen Ortes, allwo sie in Arbeit treten wollen, um einen Ausweis für Berechtigung der Arbeitsaufnahme hier bewerben. Wer nicht im klaren ist bezüglich Beschaffung dieses Ausweises wende sich an das Verbandssekretariat im Volkshaus in Zürich. Zur Orientierung diene, daß die Maurer und Handlanger in Zürich, Bern, Winterthur und St. Gallen in Bewegung stehen, sodann die Maler und Gipser in Zürich, Luzern, Thun, Interlaken und Basel, die Zimmerleute in Zürich und Bern, die Steinhauer in Bern und die Marmor- und Grabsteinarbeiter in der ganzen Schweiz. Alle diese Bewegungen sind ernster Natur. Es ist deshalb dringend notwendig, vor einer Einreise sich bei den zuständigen Organisationen zu erkundigen und den besagten Ausweis zu verlangen. Andernfalls sind die größten Unannehmlichkeiten zu befürchten. Keiner komme in die Schweiz, ohne im Besitze eines Ausweises zu sein.

Der Zentralvorstand des Bau- u. Holzarbeiterverbandes der Schweiz.

Mitgliederbewegung im IV. Quartal 1923.

Bestand am Schlusse des III. Quartals . .	49 495	Mitglieder
Eingetreten	265	„
Uebergetreten	230	„
In Zahlstellen zugereist	209	„
Summa:	50 199	Mitglieder
Ausgetreten . . 709 Mitglieder		
Gestrichen . . . 991 „		
Ausgeschlossen . 2 „		
Uebergetreten . 558 „		
Abgereist . . . 760 „		
Gestorben . . . 56 „ zusammen	3 076	Mitglieder
bleiben	47 123	Mitglieder

Davon sind: Weibliche Mitglieder . . 515
Jugendliche „ . 361

Arbeitslose waren auf den Abrechnungen zirka 18000 angegeben. In Wirklichkeit ist deren Zahl bedeutend höher. Im Gesamtverband dürften etwa 70 Proz. arbeitslos und Kurzarbeiter sein.

Die am Quartalsschluß eingetretenen Steinsetzer, Pflasterer und Berufsgenossen sind in obigen Angaben noch nicht enthalten. Der zahlenmäßige Ausdruck der Vereinigung kann erst in der Mitgliederzählung aus dem 1. Vierteljahr 1924 zur Geltung kommen.

Rundschau.

Gewerkschaftliches. Im Baugewerbe sind die bisherigen Verhandlungen für den erneuten Abschluß eines Reichstarifvertrags ergebnislos geblieben. Die Unternehmer verlangen in ihrer Kurzsichtigkeit die 10stündige Arbeitszeit, Akkordarbeit, Ausschaltung der Lehrlinge aus dem Vertrag und der Ferienregelung sowie der Bestimmungen über die Betriebsvertretung; ferner verlangen sie eine größere Spanne zwischen den Löhnen der ungelernten und der Facharbeiter und was sonst noch an früher heißumstrittenen Errungenschaften bisher vorhanden war. Die Unternehmer haben leider aus den Vorgängen der hinter uns liegenden Jahre nichts gelernt aber auch nichts vergessen, sie verfallen immer wieder in die alten Gepflogenheiten, mit denen die Bauarbeiter schon früher fertiggeworden sind und es sicherlich auch diesmal werden.

Zur Stärkung des Kampffonds erheben die Verbände der Bäcker und Konditoren, der Sattler und Tapezierer, Kupferschmiede und noch andre Extrabeiträge.

Soziales. Der Kampf um den Achtstundentag hat auch im Auslande eingesetzt. In der belgischen Kammer wurde der Antrag des früheren Verteidigungsministers Deveze auf Abänderung des Achtstundentags mit 137 gegen 20 Stimmen abgelehnt. Somit ist in Belgien der erneute Ansturm gegen den Achtstundentag erfolgreich abgewehrt worden.

Der Kampf für den Achtstundentag in der Schweiz ist gleichfalls mit Erfolg durchgeführt worden. Am 17. Februar wurde die Vorlage des Bundesrats, die eine Verlängerung der Arbeitszeit vorsah, durch Volksabstimmung zu Fall gebracht. Mit 120 000 Stimmen Mehrheit hat die Volksabstimmung sich für die Beibehaltung des gesetzlichen Achtstundentags entschieden.

Auch in **Oesterreich** versuchen die Großindustriellen den Achtstundentag abzuändern. An der Spitze dieser Bewegung steht die Alpine Montangesellschaft in Steiermark, auf die Stinnes einen maßgebenden Einfluß hat. Die Vorständekonferenz der Gewerkschaften Oesterreichs hat sich mit dem Treiben der Unternehmer in der Metall- und Glasindustrie und des Bergbaues beschäftigt und die Arbeiterschaft zur Abwehr aufgerufen. Die Konferenz hat in einer Entschließung erklärt, daß die Gesetze auch für Stinnes und seine Organe gelten müssen und daß das Achtstundentaggesetz durch keinerlei private Uebereinkommen abgedungen werden kann. Die Alpine Montangesellschaft will nämlich in Zukunft Lohnzulagen von der Verlängerung der Arbeitszeit abhängig machen. Bei dem geschlossenen Widerstand der gut organisierten österreichischen Arbeiter und Angestellten werden die Unternehmer keinen Boden gewinnen können.

Neue Lasten für die Arbeitnehmerschaft. Allen Warnungen und Protesten der Arbeiterschaft zum Trotz hat die Reichsregierung eine Mietsteuer eingeführt. Nach der Dritten Steuernotverordnung haben die Länder im Zusammenhang mit der Regelung des Mietwesens von dem bebauten Grundbesitz eine Steuer zu erheben. Zu diesem Zweck sind die Mieten allmählich gemäß der allgemeinen Wirtschaftslage den Friedensmieten anzupassen. Als Friedensmiete gilt der Goldmarkbetrag des Mietzinses, der für die mit dem 1. Juli 1914 beginnende Mietzeit vereinbart war. Die Steuer muß so bemessen sein, daß durch die Miete mindestens die Betriebs- und Instandsetzungskosten gedeckt werden, die nach den bestehenden Verhältnissen zur Erhaltung des Gebäudes erforderlich sind. Die dem Hausbesitzer hiernach verbleibenden Beträge müssen am 1. April 1924 30 Prozent der Friedensmiete erreicht haben. Die Beträge, die die Steuer darüber hinaus aufbringt, sollen zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs der Länder und Gemeinden dienen. Nur mindestens 10 Prozent der Mietsteuer muß zur Förderung der Neubautätigkeit Verwendung finden.

Daß eine Neuregelung der Mieten erfolgen muß, ist unbestritten. Daß die seitherige Mietpolitik volkswirtschaftlich klug war, läßt sich nicht behaupten. Die jetzige Regelung ist bestimmt nicht klüger, aber im höchsten Maße unsozial. In welchem Zeitraum die Friedensmieten erreicht sein sollen, wird nicht gesagt. Die Erhöhung der heutigen Mieten soll „allmählich gemäß der Entwicklung der allgemeinen Wirtschaftslage" erfolgen; sie soll sich ferner nach den steuerlichen Bedürfnissen der Länder und Gemeinden richten. Da deren steuerliche Bedürfnisse sehr groß sind, steht zu befürchten, daß die Friedensmieten bald erreicht sein werden. Davon, daß auch die Einkommensverhältnisse der Mieter berücksichtigt werden sollen, redet die Reichsregierung nichts. Das paßt ganz in den volksfeindlichen Kurs der Reichsregierung Marx. Würde auf die Einkommensverhältnisse der Mieter gebührend Rücksicht genommen und der Ertrag der Mietsteuer ausschließlich zur Unterhaltung und Instandsetzung der Häuser und zur Förderung der Neubautätigkeit verwandt, dann könnte man sich mit der Regelung schließlich einverstanden erklären. Heute aber dient die Mietsteuer

in der Hauptsache zur Bereicherung der Hausbesitzer und zur Schonung der Besitzenden bei ihrer Steuerpflicht. Von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wird die Beseitigung der Mietsteuer gefordert; an ihrer Stelle soll ein Zuschlag zur Vermögenssteuer erhoben werden. Zur Förderung der Wohnungsbautätigkeit wird die Erhebung einer Wohnungsbauabgabe bis zu 10 Prozent der Friedensmiete vorgeschlagen. Bei der Zusammensetzung des Reichstags besteht leider keine Hoffnung, daß diese Vorschläge verwirklicht werden.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Aenderung der Gaueinteilung. Die Verschmelzung der Steinsetzer mit unserm Verbande macht eine teilweise Aenderung der bisherigen Gaugrenzen notwendig. Von einer vollständigen Neueinteilung der Gaue wird Abstand genommen, weil diese erst erfolgen soll und kann, wenn Erfahrungen über die Zusammenarbeit der verschiedenen Berufsgruppen vorliegen. Das Provisorium beruht auf der bei der Verschmelzung von uns übernommenen Verpflichtung, die sich mit den Gauen des Steinsetzerverbandes deckenden Tarifbezirke möglichst zu erhalten, wodurch der 1. Gau eine Teilung in eine östliche und eine westliche Hälfte, der 10. Gau dagegen durch Aufnahme des 4. Gaues unter Neubildung eines Bezirkes Kassel eine erhebliche Erweiterung erfährt. Die vereinigten Gaue erhalten die Bezeichnung 4. Gau. Zum 2. und 3. Gau ist zu bemerken, daß die Steinsetzerangelegenheiten, soweit erforderlich, durch den gemeinsamen Gauleiter Schulze, Niederbielau Nr. 156, erledigt werden. Der 5. Gau hat nur einzelne Zahlstellen des bisherigen 4. Gaues hinzubekommen. Zum 6., 7., 8. und 9. Gau kamen nur die in ihrem Bereich liegenden Filialen des Steinsetzerverbandes, deren Betreuung sich die betreffenden Gauleiter mit derselben Hingabe widmen werden wie ihrem bisherigen Wirkungskreis. Dasselbe gilt natürlich von sämtlichen Gauleitern, ohne Unterschied ihrer bisherigen Verbandszugehörigkeit. Steinarbeiter- und Steinsetzervertreter, besoldete und unbesoldete, werden sich in ständiger Zusammenarbeit ergänzen, so daß sie bald in der Lage sind, soweit als möglich die beiderseitigen Berufsinteressen fachmännisch zu vertreten. Das gilt insbesondere für die gesamte Wegebauindustrie vom Pflasterstein- und Schotterarbeiter bis zum Steinsetzer und seinen verwandten Berufskollegen. Die Zahlstellenvorstände werden sich die folgende Einrangierung der Zahlstellen oder Filialen ausschneiden müssen oder sonstwie davon Notiz nehmen, damit unnötige Anfragen vermieden werden.

1. Gau: Nordost.

Gauleiter: Gustav Nitsche, Berlin, SO. 16, Engelufer 24, I.

Paul Schenke, Neukölln, Berthelsdorfer Str. 5.

Arnswalde, Belgard, Berlin (Groß-), Brandenburg a. H., Braunsberg, Danzig, Elbing, Frankfurt a. O., Insterburg, Joachimsthal, Königsberg i. Pr., Köslin i. Pomm., Landsberg a. d. Warthe, Lauenburg, Luckenwalde, Marienburg, Marienwerder, Medewitz, Müncheberg, Neustettin, Pasewalk, Perleberg, Prenzlau, Pyritz, Schneidemühl, Stettin, Stolp, Strasburg (Uckerm.), Wriezen.

1. Gau: Nordwest.

Gauleiter: August Göckemeyer, Hamburg 30, Wrangelstraße 105.

Anklam, Aurich, Bergedorf, Bergen a. Rügen, Bremen, Bützow, Buxtehude, Delmenhorst, Demmin, Drebber, Elmshorn, Feldberg, Flensburg, Friedland, Greifswald, Güstrow, Hamburg, Harburg, Itzehoe, Jever-Varel, Kiel, Loitz, Lübeck, Lüneburg, Mankmoos, Neubrandenburg, Neuklostor, Neumünster, Neustrelitz, Norden, Oldenburg (Freistaat), Oldenburg (Holstein), Oldesloe, Parchim, Penzlin, Pinneberg, Rendsburg, Rostock, Schwerin, Stade, Stralsund, Tessin, Uelzen, Vegesack (Hambergen), Verden, Waren, Wilhelmshaven, Wismar, Wolgast, Wulsdorf-Lehe.

2. Gau.

Gauleiter: Xaver Senft, Liegnitz i. Schl., Gutenbergstraße 15.

Richard Schulze, Niederbielau Nr. 156, Kreis Görlitz.

Alt-Warthau, Altwasser, Arnsdorf O.-L., Beuthen, Bieskau, Breslau, Brieg, Bungzlau, Cottbus, Crummendorf, Forst, Frankenstein, Giersdorf, Girlachsdorf, Gleiwitz, Glogau, Goldberg, Gorkau, Görlitz, Graaje, Greiffenberg, Groß-Kunzendorf, Grünberg, Guben, Häslicht, Hirschberg, Hockenau, Horka, Jakubowitz, Jannowitz, Jauer, Königshain, Königswalde, Lauban, Liegnitz, Löwenberg, Lübben, Mauer a. Bober, Niederlinda, Neustadt, Nittritz, Ober-Peilau, Ohlau, Oppeln, Reichenbach, Reinberg, Sagan, Schobergrund, Schreiberhau, Schweidnitz, See, Seitenberg, Senftenberg, Sorau, Spremberg, Strehlen, Striegau, Ströbel, Trebnitz, Waldenburg, Wenig-Rackwitz, Winzig, Wünschelburg, Wüstegiersdorf, Ziegenhals, Züllichau.

3. Gau.

Gauleiter: Willi Mühle, Dresden-A., Eisenacher Straße 17, I.

Richard Schulze, Niederbielau, Nr. 156, Kreis Görlitz.

Altenhain, Annaberg, Aue, Auerbach i. V., Bautzen, Beerwaldermühle, Bebersdorf, Beucha, Chemnitz, Crottendorf, Cunewalde, Demitz-Thumitz, Döbeln, Dornreichenbach, Dresden-Pirna, Ebersbach, Frohburg, Geising, Geyer, Glauchau, Grimma, Hainichen, Häslich, Herrenhaide, Hohburg, Kamenz, Kindisch, Kirchberg, Klipphausen, Königsbrück, Langenberg, Leipzig I, Leipzig II, Löbau, Meerane, Meißen, Mittweida, Neumark, Okrilla, Ostritz, Penig, Plauen, Reichenbach i. V., Rentzschmühle, Riesa, Schirgiswalde, Schmiedeberg, Sebnitz, Sproitz, Theuma, Wahnitz, Wechselburg, Wildschütz, Wurzen, Zittau, Zöblitz, Zwickau.

4. Gau.

Gauleiter: Albert Schlegel, Halle a. S., Henriettenstraße 38.

Paul Göhre, Halle a. S., Weingärten 26.

Alsleben, Altenburg, Alvensleben, Arnstadt, Aschersleben, Ballenstedt, Bäntorf, Barby, Bedheim, Bennigsen, Bernburg a. S., Braunlage a. H., Braunschweig, Burg, Calbe, Carlshafen, Cassel-Bezirk (zum Bezirke gehören die Orte: Abterode, Adelebsen, Cassel, Dörnberg, Ehringen-Niederelsungen, Eiterhagen, Elgershausen, Eltmannshausen, Eschenstruth, Freudenthal, Fürstenwald, Germerode, Großenritte, Gudensberg, Hitzerode, Meensen, Merzhausen, Mosheim, Neukirchen, Oberaula, Quentel, Volkmarsen, Wellerode, Wernswig), Celle, Colbitz, Cölleda, Cöthen, Croppenstedt, Delitzsch, Derenburg, Dessau, Duderstadt, Ehringsdorf, Einbeck, Eisenach, Eisenberg, Eisleben, Erfurt, Eschershausen, Flechtingen, Fuhrbach, Gahma, Gardelegen, Genthin, Gera, Gleichamberg, Gommern, Gotha, Göttingen, Greiz, Gröningen, Güsten, Halberstadt, Halle, Hameln, Hannover, Hardegsen, Hasserode, Hedersleben, Helmstedt, Hettstedt, Hiddesen, Hildesheim, Hohenleuben, Holenberg, Ichstedt, Ilmenau, Jena, Kahla, Kaltennordheim, Klötze, Königslutter, Könnern, Kraftsdorf, Landsberg bei Halle, Langensalza, Langenstein, Liebenwerda, Löbejün, Lutter am Barenberge, Magdeburg, Mellenbach, Merseburg, Minden, Mücheln, Mühlhausen, Münchehagen, Naumburg, Nienstädt, Nordhausen, Oberdorla, Oberröblingen, Oschersleben, Osterburg, Osterholz, Osterode a. Harz., Osterwald, Pößneck, Quedlinburg, Querfurt, Reiffenhausen, Rhünda, Römhild, Roßla, Rudolstadt, Rühle, Saalburg, Salzwedel, Sangerhausen, Schladen, Schleiz, Schmalkalden, Schönebeck, Schöningen, Seehausen, Stäßfurt, Stendal, Süplingen, Torgau, Velpe, Wanzleben, Wechmar, Wegeleben, Weimar, Weißenfels, Westerhausen, Westerode a. H., Wiegersdorf, Wildemann, Wittenberg, Wolfenbüttel, Wölferbütt, Wolfshagen, Wrexen, Zabitz, Zeitz, Zerbst, Zörbig.

5. Gau.

Gauleiter: Jak. Braun, Köln-Mülheim, Wrangelstraße 3, I.

Alex Schwandke, Düsseldorf, Werstener Str. 44.

Aachen, Aegidienberg, Altendorf, Barmen, Bielefeld, Blombacherbach, Bocholt, Bochum, Bonn, Bünde, Crefeld, Dorn, Dortmund, Drespe, Duisburg, Düren, Düsseldorf, Eckenhagen, Elberfeld, Essen, Ettringen, Eudenbach, Gelsenkirchen, Gierzhagen, Gladbeck, Gruiten-Bezirk (zum Bezirke gehören die Orte: Dornap, Gruiten, Hahnenfurt, Hofermühle, Hohenlimburg, Hönnethal, Letmathe, Lüntenbeck, Nachrodt, Neanderthal, Oberhagen, Tönisheide, Westig, Wülfrath), Gummersbach, Hamborn, Hamm, Herdecke, Herford, Horstmar, Hunswinkel, Ibbenbüren, Iserlohn, Kasbach, Köln I, Köln II, Königsteele, Kottenheim, Kretzhaus, Lemgo, Linz, Lüdenscheid, Mayen, Mülheim-Ruhr, Münster i. Westf., Nieder-Bachem, Niederbreisig, Oberhausen, Oberholsten, Obermendig, Odenspiel, Osnabrück, Paderborn, Ramsdorf, Remscheid, Rheydt, Sinspert, Sinzig, Sprokhövel, Thomasberg, Trier, Uckerath, Unna, Versmold, Waldbröl, Walheim, Warstein, Wehnrath, Westhofen.

6. Gau.

Gauleiter: Franz Sarfert, Karlsruhe i. Baden, Humboldtstraße 6.

Albersweiler, Alsenz, Altenglan, Altleiningen, Asbach, Bedesbach, Bingert, Bretten, Bühlertal, Contwig, Deidesheim, Derdingen, Dossenheim, Dürkheim, Ebersbach, Elzweiler, Eßlingen, Freiburg i. Br., Freudenstein, Hammelbach, Haschbach, Haslach, Hemsbach-Bezirk (zum Bezirke gehören die Orte: Bensheim, Hemsbach, Heppenheim, Kirschhausen, Lindenfels, Reichenbach, Rimbach, Winterkasten, Zwingenberg), Hornberg, Immendingen, Kaiserslautern, Kappelrodeck, Karlsruhe, Krickenbach, Kürnbach, Lahr, Landau, Lauterecken, Ludwigshafen, Lütschenbach, Mannheim, Maulbronn, Mühlbach i. Baden, Mühlbach a. Glan, Neustadt a. d. H., Neustadt i. Odenwald, Oberwiesen, Ochsenburg, Odenheim, Pfaffenhofen, Rammelsbach, Raumünzach, Reinheim, Schriesheim, Schweisweiler, Seebach, Siedelsbrunn, Speier, Stuttgart, Sulzfeld, Tiefenstein, Untergimpern, Walldürn, Weiler.

7. Gau.

Gauleiter: Christian Schmidt, Wunsiedel, Oberfr., Maximilianstraße 28.

Aibling, Aunkirchen, Bayreuth, Berneck, Bischofsgrün, Blaibach, Blauberg, Bobengrün, Brückmühl, Büchlberg, Dechantsees, Eberhardsreuth, Edenstetten, Fischhaus, Floß, Friedensels, Fürstenecк, Fürstenstein, Fürstenzell, Gefrees, Groschlattengrün, Hauzenberg, Hemerau, Hochwegen, Hof, Kaiserhammer, Kelheim, Kiefersfelden, Kirchenlamitz, Köditz, Kringell, Kronach, Marktleuthen, Metten, Miltach, München, Neubau, Neuhaus a. Inn, Neusorg, Neustift, Niederlamitz, Oedmiesbach, Painten, Pilgramsreuth, Rattenberg, Regensburg, Reinersreuth, Rinchnach, Röhrnbach, Roßbach, Ruhmannsfelden, Schwarzenbach, Selb, Selbitz, Seußen, Sparneck, Steinwiesen, Tittling, Triebendorf, Tröstau, Viechtach, Waldkirchen, Weidenberg, Weißenstadt, Windischeschenbach, Wirsberg, Wunsiedel.

8. Gau.

Gauleiter: Max Lohse, Würzburg, Rückertstraße 7.

Altengronau, Augsburg, Bamberg, Bischofsheim, Bürgstadt a. Main, Crailsheim, Dietenhan, Eckartshausen, Eichenbühl, Eichstädt, Faulbach a. M., Fechenbach, Freudenberg, Großheubach, Gundelsheim, Hardheim, Hasenthal, Höpfingen, Iphofen, Kembach, Koburg, Kitzberg, Langenaltheim, Lichtenfels, Maroldsweisach, Miltenberg, Möhren, Niklashausen, Nordheim, Nördlingen, Nürnberg, Oberdachstetten, Obereschenbach, Oberriedenberg, Pappenheim, Rauenberg, Reistenhausen, Röllfeld, Roth v. d. Rhön, Roth bei Nürnberg, Rothenburg o. T., Schopfloch, Schraudenbach, Schwebenried, Solnhofen, Spechtsbrunn, Stadtprozelten, Steinach, Treuchtlingen, Trossenfurt, Uebermatzhofen, Ulm a. D., Viereth, Windsheim, Weitzenburg, Würzburg-Bezirk (zum Bezirke gehören die Orte: Eibelstadt, Frickenhausen, Goßmannsdorf, Grünsfeld, Heidingsfeld, Kirchheim, Kleinrinderfeld, Marktbreit, Ochsenfurt, Randersacker, Reichenberg, Rottenbauer, Sommer- und Winterhausen, Würzburg), Zeil.

9. Gau.

Gauleiter: Adolf Menges, Frankfurt a. M., Nibelungenallee 13.

Allendorf, Alpenrod, Altendiez, Annerod, Anspach, Aumenau, Baldukstein, Bechlingen, Beilstein, Berzhahn, Bobenhausen, Breitenborn, Buchenau, Burgschwalbach, Coblenz, Darmstadt, Dietesheim, Dreihausen, Dreisbach, Driedorf, Düdelsheim, Ebersgöns, Eidengesäß, Enspel, Erdbach, Eschbach, Fehl-Ritzhausen, Flonheim, Frankfurt a. M., Gedern, Geilnau, Gemünden, Gershasen, Heckholzhausen, Hintermühlen, Hölzenhausen, Homberg, Oberh., Kirn, Kleingladenbach, Klein-Steinheim, Langenaubach, Langenbach, Langendernbach, Lauterbach, Liebenscheid, Lippe, Lollar, Londorf, Mainz, Marsain, Medenbach, Niederramstadt, Ober-Bessingen, Obermörlen, Ober-Widdersheim, Odernheim, Odersbach, Oellingen, Offenbach a. M., Offenbach-Dillkr., Queckborn, Rachelshausen, Rinderbügen, Rodenbach, Roßdorf, Rothenbach, Rupbach, Saasen, Schadeck, Schönbach, Schupbach, Sprendlingen, Steeden, Steinau, Steinperf, Unnerod, Villmar, Weilers, Weitefeld, Welkenbach, Wetzlar, Wiesbaden, Willmenrod, Zinhain.

*

Ausschreibung! Für den aus 25 Zahlstellen bestehenden, hauptsächlich der Pflasterstein- und Schottergruppe angehörenden Bezirk Kassel wird ein Bezirksleiter gesucht, der allen Anforderungen entspricht, die an einen Gewerkschaftsvertreter gestellt werden müssen.

Geeignete Bewerber, die auf dem Boden der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale stehen und die Satzungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes sowie das Statut des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands anerkennen, werden ersucht, eine selbstgefertigte handschriftliche Abhandlung über die Aufgaben eines Bezirksleiters nebst Lebenslauf bis zum 19. März an den Verbandsvorstand einzusenden. Das Mitgliedsbuch ist ebenfaus beizufügen.

J. A.: Ernst Winckler, Vorsitzender,
Leipzig, Zeitzer Str. 30, IV.

Adressenänderungen.

1. Gau. Nordwest. **Stade.** Kass.: Paul Schurig, Thuner Straße 82

3. Gau. **Zöblitz** (Erzgeb.) Vors.: Max Harzer, Freiberger Straße. Kass.: Richard Hinkel, Schloßbergstraße 57. — **Ockrilla,** Post Meißen. Vors.: Max Kühne, Diera Nr. 7a, Amtsh. Meißen. Kass.: Walter Pappritz, Nr. 36. — **Glauchau.** Kass.: Rob. Reckschwardt, Annenstraße 34.

4. Gau: **Naumburg.** Vors.: Rudolf Weidner, Kanalstraße 21. — **Greiz** i. V. Vors.: Ernst Reißmann, Grüne Linde 37. Kass.: Walter Petzold, Greiz-Raasdorf Nr. 18. — **Süplingen.** Kass.: Wilhelm Martens. — **Mühlhausen** (Thür.). Vors.: Fritz Winter, Zinkgasse 4. — **Schladen** am Harz. Vors.: Otto Schacht, Schäferei 104. Kass.: Fritz Crone, Neue Dorfstraße 20. — **Lutter** a. Bbg. Vors.: Wilh. Rittig. Kass.: Berth. Schreiber, Frankfurter Straße 2. — **Oschersleben** Vors. u. Kass.: Willi Vaupel, Alte Dorfstraße 3. — **Wolfshagen.** Vors.: Karl Pahl, Nr. 51.

5. Gau. **Ettringen.** Vors.: Johann Stolzenberg, Stehlstr. 2.

6. Gau. **Bedesbach.** Vors.: Otto Schmidt, Erdesbach, Post Ulmet. Kass.: Peter Graf, Patersbach, Post Bedesbach. — **Freiburg** (Baden). Kass.: Joh. Schuler, Kaiserstr. 10.

7. Gau. **Edenstetten.** Vors.: Karl Haban, Tradlersöhren, Post Edenstetten. — **Wirsberg.** Vors.: Hans Degelmann, Cottenau Nr. 3, bei Wirsberg. — **Köditz** (Oberfranken). Vors.: Joh. Wolfrum, Leupoldsgrün Nr. 61. — **Gefrees.** Kass.: Joh. Kolb in Cremitz Nr. 7. — **Waldkirchen** (Niederbayern). Vors. u. Kass.: Franz Bauer, Armenhaus. — **Ruhmannsfelden.** Vors.: Ludwig Brunner. — **Blauberg.** Kass.: Johann Sturm, Runding (Oberpfalz).

8. Gau **Pappenheim** i. Bay. Vors.: Karl Bunz, Suffersheim 32½. **Schopfloch.** Kass.: Heinr. Grimm, Kaiserstraße 6. — **Röllfeld.** Kass.: Jakob Weigand.

9. Gau. **Enspel** b. Erbach (Westerwald). Kass.: Heinrich Zirfas **Steinau.** Kass.: Johannes Eberhardt, Schloßstraße 4.

Neue Bücher, Zeitschriften.

Die Internationale Gewerkschaftsbewegung, Vierteljahrszeitschrift, herausgegeben vom Internationalen Gewerkschaftsbund, Amsterdam. Jährl. Abonnementspreis 5 Mk. Diese Zeitschrift ist die einzige, die regelmäßig über die moderne Gewerkschaftsbewegung unterrichtet und von sachverständiger Seite Artikel über alle die gewerkschaftliche Aktion und den gewerkschaftlichen Kampf betreffenden Probleme bringt. Besondere Berücksichtigung finden namentlich alle jene Fragen, wirtschaftlicher und allgemeiner Natur, die die Nachkriegszeit aufgeworfen hat und von berufenen Vertretern der internationalen Gewerkschaftsbewegung behandelt werden.

Für alle Gewerkschaftler und solche, die sich über die internationalen Arbeitsprobleme zu orientieren wünschen, wird Die Internationale Gewerkschaftsbewegung einen unentbehrlichen Behelf bieten. Abonnements können bei der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S. 14, Inselstraße 6, die in Deutschland das Alleinvertriebsrecht für unsre Veröffentlichungen hat, aufgegeben werden.

„Arbeiter-Jugend", Monatsschrift des Verbands der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands, Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Wir können jedem Jugendlichen und jedem Genossen, der an dem Streben der Sozialistischen Jugendbewegung Anteil nimmt und sich über ihre Entwicklung auf dem Laufenden halten will, empfehlen, die Zeitschrift zu beziehen. Das Einzelheft kostet 15 Pfg. Organisationen und Buchhandlungen erhalten entsprechende Rabatte. Einzelbestellungen können bei jeder Postanstalt (die Zeitschrift steht in der Postzeitungsliste, Erscheinungsort Berlin) aufgegeben werden.

Der Ansturm gegen den Achtstundentag von Prof. Lugo Brentano. Verlag wie oben. Ladenpreis 35 Pfg. Keine Schrift ist wohl besser geeignet, den Kampf um die Erhaltung des Achtstundentags zu fördern; ihre Anschaffung wird dringend empfohlen.

Fritz Ebert. Ein Lebensbild von Paul Kampffmeyer. Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H. Berlin SW. 68, Lindenstr. 114. — Die 84 Seiten starke Schrift will eine erste Lebensdarstellung des Reichspräsidenten geben. In Verbindung damit wird vom Verfasser das geschichtliche und soziale Milieau geschildert, in dem der Reichspräsident im engeren und weiteren Kreise geworden ist. Bei aller Hochachtung vor der Person des Reichspräsidenten, haben wir doch die Schrift unbefriedigt aus der Hand gelegt, weil sie mehr geben will, als sie kann, und dadurch zu weitschweifig geworden ist.

Die Friedenspreise, zusammengestellt in Verbindung mit dem Reichswirtschaftsministerium. Preis 50 Pfg. (bei mehr als 50 Exemplaren erhebliche Preisermäßigung). Zu beziehen vom Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW. 68.

Eine prächtige Waffe liefert diese kleine Schrift! Sie verzeichnet auf dreißig Seiten Tabellen die Friedenspreise, die man meist aus dem Gedächtnis verloren hat, für alphabetisch übersichtlich geordnete Waren aller Art des täglichen Gebrauchs. Auf diese Preise müssen wir wieder herunter, damit die Kaufkraft des Inlandes sich hebt, der Absatz sich ausdehnt, und die Erzeugung gesteigert wird. Ausnahmen dürfen nur gemacht werden, wenn eine anteilige Steigerung ausländischer Rohstoffe dies rechtfertigt und bei wenigen Auslandswaren, worüber die Schrift in Tabellen und Indextabellen genaue Aufklärung gibt.

Kollegen! Die Steinsammlung im Hauptbureau harrt noch immer der Vervollständigung! Die seit längerer Zeit von Euch versprochenen Muster von in- und ausländischem Marmor, Granit Sandstein und Kalkstein in der verschiedensten Bearbeitung sind bisher noch nicht eingetroffen. Ebenso nicht die zugesagten Versteinerungen und die Muster von Schmucksteinen! Vergeßt nicht, daß unsere frühere wertvolle Sammlung gewaltsam vernichtet wurde.

Anzeigen

Berlin.

Mittwoch, den 19. März, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus (großer Saal)

Versammlung

aller Branchen, einschließlich der Sektion des angeschlossenen Verbandes der Steinsetzer, Pflasterer und Berufsgenossen Deutschlands.

Tagesordnung:
1. Wahl des örtlichen Vorsitzenden und des Kassierers. 2. Vortrag des Kollegen Schenke: Der Zusammenschluß beider Organisationen. 3. Verschiedenes.

Zahlreichen Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.** J. A. Alfred Wenzel.

Arbeits-Hosen

Leder, silbergrau, braun und schwarz, à Hose 10.— Mk. per Nachnahme frei ins Haus liefert wieder in Friedensqualität

Walter Tauch, Niederoderwitz i. Sa.

Gestorben.

Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden.

In **Berlin** am 13. Januar der Hilfsarbeiter Karl **Freitag,** 65 Jahre alt, Lungenentzündung, am 12. Febr. der Steinsetzer Paul **Woitschätzka,** 57 Jahre alt, Herzschlag, am 18. Februar der Pflastersteinhauer Gustav **Ottmann,** 64 Jahre alt, Beinamputation, am 22. Februar der Steinsetzer August **Meyer,** 74 Jahre alt, Gehirnschlag.

In **Löbau** am 25. Januar der Schleifer Gustav **Hauptmann,** 47 Jahre alt, Halsoperation.

In **Magdeburg** am 27. Januar der Hilfsarbeiter Albert **Meier,** 62 Jahre alt, Magenkrebs, am 6. Februar der Sandsteinmetz Paul **Schröder,** 48 Jahre alt, Lungenerkrankung.

In **Frankfurt a. M.** am 28. Januar der Marmorarbeiter Adam **Hammerschmidt,** 54 Jahre alt, Schlaganfall.

In **Köln** am 5. Februar der Steinmetz Jakob **Offermann,** 60 Jahre alt, Schlaganfall.

Im Bez. **Würzburg** am 6. Februar der Brecher Georg **Hofmann,** 55 Jahre alt, Lungenentzündung.

In **Aurich** am 10. Februar der Steinsetzer Heinrich **Coring,** 32 Jahre alt, Lungentuberkulose.

In **Penig** am 11. Februar der Brecher Peter **Loß,** 50 Jahre alt, Blutvergiftung.

In **Heppenheim** am 13. Februar der Granitsteinmetz Wilhelm **Stöhr,** 53 Jahre alt, Lungentuberkulose.

In **Kaiserhammer** am 13. Februar der Granitsteinmetz Georg **Geymeyer,** 61 Jahre alt, Schlaganfall.

In **Eibelstadt** am 14. Februar der Steinmetz Ludwig **Braun,** 29 Jahre alt, Lungentuberkulose.

In **Oberpeilau** am 15. Februar der Schleifer Friedrich **Anter,** 77 Jahre alt, Lungenentzündung

In **Zwingenberg** am 15. Februar der Brecher Karl **Wolf,** 57 Jahre alt, Unglücksfall.

In **Kassel** am 15. Februar der Pflasterer Heinrich **Wagner,** 20 Jahre alt, Unglücksfall im Beruf.

In **Barby** am 17. Februar der Steinsetzer Franz **Reso,** 73 Jahre alt, Blutsturz

In **Gefrees** am 24. Februar der Granitsteinmetz Johann **Zapf,** 57 Jahre alt, Lungentuberkulose.

In **Hamburg** am 26. Februar der Steinsetzer Hinrich **Heidorn,** 58 Jahre alt, Lungenentzündung.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortliche Schriftleitung Hermann Siebold Verlag von Ernst Winckler beide in Leipzig
Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.